:antifaschistische nachrichten

Nr. 22

g 3336 30.10.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

IBD als Verein

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) ist nun ein eingetragener Verein. So kann die IBD jetzt Mitglieder aufnehmen, Spenden empfangen und „sich gegen Verleumdungen juristisch zur Wehr setzen“, heißt es auf der Facebook-Seite der IBD. Die Mitgliedsbeiträge, deren Höhe frei gewählt werden kann, sollen künftig die Aktionen der IBD finanzieren Jeder gespendete Euro sei ein weiterer Schritt hin „zu einem identitären Deutschland“, schreibt die IBD.

hma ■

Tagung der „Jungen Alternative NRW“

Düsseldorf. Unter dem Motto „Wieviel EU braucht Europa? Die Zukunft Europas aus der Schweizer Perspektive“ findet am 15. November 2014 das 2. „Europapolitische Forum“ der „Jungen Alternative NRW“ statt. Ins Düsseldorfer Leonardo Royal Hotel eingeladen haben die Nachwuchs-AfDler diesmal Andri Silberschmidt, Präsident der „Jungfreisinnigen“ im Kanton Zürich, und Lukas Reimann, Nationalrat der rechtskonservativen SVP und Präsident der nationalneutralistischen „AUNS“(Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz).

hma ■

Russland-Konferenz der „ef“

Zinnowitz/Usedom. Die rechtsliberale Zeitschrift „eigentümlich frei“ will vom 14. bis 16. November 2014 im Hotel Baltic in Zinnowitz auf der Insel Usedom eine Konferenz unter dem Motto „Rußland: Die große Debatte“ durchführen. „Wer bedroht unsere Freiheit mehr – Ost oder West ?“, heißt es in der Werbung für die Konferenz, an der 14 Referenten, darunter „ausgewiesene Putin-Versteher und -Kritiker“, teilnehmen sollen. Unter den Referenten befinden sich Akteure der neoliberalen Kleinpartei „Partei der Vernunft“, Autoren der „eigentümlich frei“ ebenso wie der ehemalige Funktionär des rechtsliberalen „Bund Freier Bürger“, Bruno Bandulet, und „Junge Freiheit“-Autoren wie Erich Weede und Thomas Fasbender. Behandelt werden sowohl geopolitische Fragen wie auch die russische Ökonomie und die Liberalismuskritik des neurechten russischen Ideologen Alexander Dugin.

hma ■

Protest gegen Aufmarsch der „Hooligans gegen Salafisten“

Köln. Geschätzte 2.500 bis 3.000 „Hooligans gegen Salafisten“-SympathisantInnen (HoGeSa) aus der gesamten BRD versammelten sich am 26. Oktober am Breslauer Platz in Köln. Als „Special Guest” angekündigt, trat auf der Kundgebung die Rechtsrock-Band „Kategorie C“ auf. Die aus der Bremer Hooligan-Szene stammende Band um Frontmann Hannes Ostendorf, der hier nur von einem Gitarristen unterstützt wurde, ist unter rechtsgerichteten Fußballfans, Hooligans und Neonazis gleichermaßen beliebt. Textsicher wurden Songs wie die Hooliganhymne „So sind wir“ oder das eigens für HoGeSa verfasste „Hooligans gegen Salafisten“ mitgegrölt. Auch einen weiteren „Hit“ hatte Ostendorf im Repertoire, dessen Zeile „Fußball ist Fußball und Politik bleibt Politik“ die Band vor sich her trägt, um ihr eigenes vorgeblich „unpolitisches“ Image zu pflegen. Diese Distanzierung stimmte noch nie, die Band hatte immer starke Verbindungen zur Neonazi-Szene.

Keine „unpolitischen Fußballfans“

Auch HoGeSa behauptet von sich, mit (Partei-)Politik nichts zu tun zu haben, es ginge lediglich um „die Sache“, den Protest gegen „Salafisten“. Rufe wie „Frei Sozial National“, „Hier marschiert der nationale Widerstand” und „Deutschland, Deutschland“ prägten jedoch die HoGeSa-Kundgebung und verliehen ihr den Charakter einer nationalistischen und islamfeindlichen Manifestation. Neben extrem rechten Hooligans beteiligten sich Mitglieder „freier Kameradschaften“, der NPD oder der Partei „Die Rechte“ an der Veranstaltung. Das „Freie Netz Hessen“ war ebenso wie die „Identitäre Bewegung“ mit einem eigenen Transparent vertreten.

Aggressive Stimmung

Eine Stunde vor dem offiziellen Veranstaltungsbeginn um 15 Uhr versuchte eine Gruppe angereister Neonazis, darunter Dortmunder „Die Rechte“-AkivistInnen, durch den Vorderausgang des Kölner Hauptbahnhofs zur antifaschistischen Kundgebung durchzudringen, was von Polizei und AntifaschistInnen verhindert wurde. Auch auf dem Breslauer Platz war die Stimmung von Anfang an aggressiv. Erste Böller detonierten um 14 Uhr. Als sich die Demonstration in Bewegung setzte, kippte die Stimmung endgültig. Am Ebertplatz lösten sich Gruppen aus dem Demonstrationszug und griffen Polizeikräfte, JournalistInnen und PassantInnen an. Fortsetzung Seite 3

Aus dem Inhalt:

Späte Gerechtigkeit 5

Extreme Rechte im Europaparlament: Werden die Karten neu gemischt? 9

„Heldengedenken“ in Wunsiedel

Auf ihrer Internetseite bewirbt die extrem rechte Partei „Der III. Weg“ eine geplante „Heldengedenk-Demonstration“ am 15. November 2014 im oberfränkischen Wunsiedel.

Unter dem Motto „Tot sind nur jene, die vergessen werden!“ will man „den selbstlosen Opfermut unserer Ahnen in die Kampfzeit von heute… retten und in ihrem Geiste für eine freie, selbstbestimmte und völkisch geprägte Heimat“ streiten „Diese Brücken sollen uns die Kraft verleihen, um unsere angestammte Heimat gemeinsam aus der Stunde der tiefsten Erniedrigung und des Verrates wieder zu befreien“, heißt es in dem Aufruf für die Demonstration in der „Märtyrerstadt Wunsiedel“, die um 12 Uhr beginnen soll. *hma* ■

Verfolgtenorganisation begrüßt die Einrichtung eines NSU-Untersuchungsausschusses

Baden-Württemberg. Die VVN - Bund der Antifaschisten ist erleichtert, dass die SPD nun endlich ihren nachhaltigen Widerstand gegen die Einrichtung eines Untersuchungsauschusses zur Untersuchung der ungeklärten Fragen rund um die Verbrechen der faschistischen Terrorgruppe „NSU“ aufgegeben hat. Gerade in Baden-Württemberg gibt der bis heute letztlich unaufgeklärte Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter viele Fragen auf.

Diese Fragen betreffen sowohl Tathergang und beteiligte Täter sowie das Verhalten und Zusammenwirken der Behörden im Umgang mit dieser Tat als auch die Frage, in wie weit weitere rechtsterroristische Strukturen im Lande wirksam waren und weiterhin sind.

Es ist kein Wunder, dass die Enquetekommission nun offenkundig gescheitert ist.

Bereits bei ihrer Einrichtung waren sich viele kritische Stimmen im Lande einig, dass sie nur ein zweiter Schritt sein könne. Vor die Erarbeitung von Konsequenzen, die diese Kommission hätte leisten sollen, muss die vollständige Aufklärung der Verbrechen und Strukturen des Rechtsterrorismus einschließlich der Verwicklungen von Geheimdiensten und der unübersehbaren Ermittlungspannen der Strafverfolgungsbehörden erfolgen. Das hatte auch die VVN - Bund der Antifaschisten immer wieder erklärt.

Dass jetzt der Weg frei wird zu einem Untersuchungsausschuss, entlastet auch die SPD, deren bisherige Ablehnung eines solchen Ausschusses schwer nachvollziehbar war. Sicherlich hat dieses öffentliche Unverständnis und das Beharren auf der Forderung nach einem Untersuchungsausschuss zur heutigen Entwicklung beigetragen. Auch die VVN - Bund der Antifaschisten hatte Tausende von Unterschriften für diese Forderung gesammelt. *Dieter Lachenmayer*
VVN - Bund der Antifaschisten
Landesvereinigung Baden-Württemberg ■

Das NSU-Unterstützernetz: Chef von „Blood and Honour“ Sachsen verweigert die Aussage

München. Der ehemalige Chef von Blood and Honour Sachsen, Jan Werner, hat die Aussage im NSU-Verfahren in München verweigert, weil er sich bei wahrheitsgemäßer Aussage selbst belasten könnte. Werner hatte nicht nur mit all denjenigen „Blood and Honour“-Mitgliedern und SympathisantInnen eng zu tun, die den NSU unterstützt haben, er hatte auch selbst Telefonate zwischen den drei Untergetauchten und Ralf Wohlleben vermittelt. Nach dem bisherigen Stand der Beweisaufnahme besteht die Vermutung, dass „B&H“ und der NSU jedenfalls bis zum Verbot von „B&H“, als diese im Blick der Strafverfolgung standen, fest zusammengearbeitet haben.

Werners Aussageverweigerung erschwert zwar die weitere Aufklärung des Unterstützernetzwerkes des NSU, erspart allen Beteiligten aber wenigstens eine weitere Zeugenvernehmung nach dem Motto „Ich weiß nix“. Frustrierend an dieser Prozesssituation ist erneut der Umstand, dass sich aus den Akten keine besondere Ermittlungstätigkeit der Bundesanwaltschaft gegen Werner ergibt. Auch das gegen ihn geführte Verfahren, dass ihm jetzt zum Schweigerecht verhilft, wird aller Wahrscheinlichkeit nach irgendwann still und heimlich eingestellt werden. *15.10.2014,*
http://www.nsu-nebenklage.de ■

Nazis stressen in Hellersdorf!

Berlin. Am Dienstagabend, den 7. Oktober 2014 kam es erneut zu Drohungen und einem nur knapp vereitelten Übergriff durch Nazis in Hellersdorf. Wie Augenzeug*innen und örtliche Aktivist*innen berichteten, versuchte eine Gruppe von 15 Nazis zunächst einen vermeintlichen Aktivisten anzugreifen, der sich auf dem Weg in die Begegnungsstätte „LaLoka“ befand. Das „LaLoKA“ ist eine Begegnungsstätte in der Nähe der Asylbewerber*innenunterkunft, die unter anderen der Initiative „Hellersdorf hilft“ als Treffpunkt dient. Die angegriffene Person konnte sich in die Räumlichkeiten flüchten, die daraufhin bis zum Eintreffen der Polizei von den Nazis belagert wurden. Die eingeschlossenen Menschen, darunter auch Bewohner*innen der Flüchtlingsunterkunft in Hellersdorf, wurden bedroht und rassistisch beleidigt.

Wieder einmal zeigt sich, dass weiterhin ein Gewaltpotenzial von Nazis und Rassist*innen in Hellersdorf ausgeht. Tanja Roth vom AStA der Alice-Salomon-Hochschule dazu: „Für uns stellt der nur knapp verhinderte Übergriff durch bereits bekannte Nazis einen weiteren Höhepunkt neonazistischer Gewalt im Bezirk dar. Allein in diesem Jahr kam es zu mehreren heftigen Übergriffen, die neben Geflüchteten auch deren solidarische Unterstützer*innen zum Ziel hatten. Wir werden uns davon nicht einschüchtern lassen und weiter entschlossen gegen Rassismus und Nazis im Kiez kämpfen.“

Pressemitteilung des AStA der
Alice Salomon Hochschule
www.asta.asfh-berlin.de ■

23 000 Unterschriften an die KMK übergeben – Kampagne bis zum 8. Mai verlängert

Essen. Die Kampagne „Lernen für den Frieden hat am Donnerstag der Kultusministerkonferenz über 23 000 Unterschriften übergeben – die Unterzeichner stehen für das dringende Erfordernis einer zivilen und menschlichen Gesellschaftsentwicklung und für einen Mentalitäts- und Kulturwechsels. Erfreulich, aufklärend und munter war auch die Kundgebung anlässlich der Übergabe in der Essener Innenstadt, auf der sehr engagiert gegen den Krieg und seine Verursacher und Profiteure, für die solidarische Überwindung des ökonomisierten Bildungssystems, eine Rekonstruktion kritischer und solidarischer Bildungsstätten und eine Welt des Friedens und der Freiheit gesprochen wurde. Die Reden werden in Kürze auf www.lernenfuerdenfrieden.de online gestellt und können nachgelesen werden, zusammen mit einem Videozusammenschnitt der Kundgebung. Wichtig: Es kann und soll weiter gesammelt werden! Wir haben die Kampagne bis zum 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, verlängert. Wie gehabt findet ihr Listen zum Ausdrucken und alle aktuellen Infos auf unserer Homepage.

Der DGB hat sich anlässlich der Übergabe mit einem offenen Brief an die Kultusministerkonferenz gewandt. In dem Brief heißt es: „Der DGB fordert die Länder auf, bestehende Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen. Er sieht in den Lehrkräften die Fachkräfte, die (...) am besten geeignet sind, Friedensbildung frei von den Interessen dritter zu vermitteln. Der DGB fordert Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf, sich auf die Forschung zu zivilen

→

Fortsetzung von Seite 1

Im Kunibertsviertel kam es zu schweren Ausschreitungen. Die Polizei bekam die Lage auch unter Einsatz von Wasserwerfern nicht in den Griff. Auch am Breslauer Platz kam es immer wieder zu Gewaltausbrüchen. Erst gegen 19:00 Uhr hatte sich die Lage wieder beruhigt

„Pro NRW"-Funktionär Roeseler mit dabei

Angemeldet hatte die Demonstration der Mönchengladbacher Dominik Roeseler, der stellvertretende Vorsitzende der „Bürgerbewegung pro NRW". Auf einem Vorbereitungstreffen von HoGeSa am 12. Oktober war er zum „Stellvertretenden Regionalleiter West" von HoGeSa ernannt worden. Auf Druck des "pro NRW"-Parteipräsidiums hatte sich Roeseler von dem Posten zurückgezogen und die Versammlungsleitung abgegeben. (nrwrex berichtete) Trotzdem dirigierte er mit einem Megaphon ausgerüstet die Aufstellung des Demonstrationszugs. *http://nrwrex.wordpress.com/2014/10/27/k-schwere-ausschreitungen-bei-hogesa-demo/* ■

HoGeSa-Kundgebung: Aggressiv, gewaltbereit

und friedlichen Zwecken zu verpflichten. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine auskömmliche öffentliche Finanzierung entgegengewirkt werden. Grundsätzlich sollen die Verwendung von Drittmitteln und ihre Finanzierer offengelegt werden."

„Bildung und Wissenschaft haben die Aufgabe, die Voraussetzungen für eine friedliche Welt zu ergründen und über Kriegsursachen, Kriegsprofiteure und Kriegsideologie aufzuklären. (…) Bildung und Wissenschaft sollten ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, solidarisches Lernen für den Frieden ermöglichen sowie einen Beitrag zur friedlichen Lösung der Probleme und Konflikte in dieser Welt leisten", so klar und unmissverständlich Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW. Wir kommen voran.

Roland Blach (DFG VK)
Peter Förster (Initiative Hochschulen für den Frieden) für die Kampagne „Lernen für den Frieden" ■

An der Gegenkundgebung und Demonstration des Bündnisses „Kein Veedel für Rassismus" beteiligten sich über 1000 Menschen. Sie wandten sich gegen den Aufmarsch der Hooligans aber auch gegen den Terror des „Islamischen Staats. Wir dokumentieren den Redebeitrag der VVN-BdA auf der Kundgebung:

Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten, liebe Freunde,

sind die Nachrichten aus Kobane, der Stadt, deren Bewohnerinnen und Bewohner seit Wochen verzweifelt um Ihre Freiheit ringen, nicht dazu angetan, heute, morgen und in Zukunft nicht nachlassend gegen die djihadistische Mörderbande, die sich „Islamischer Staat" nennt, aktiv zu werden? Sind die Schlächter von kurdischen, jezidischen, schiitischen und christlichen Menschen, von Tausenden, die sich ihren mittelalterlichen Vorstellungen nicht unterwerfen wollen, nicht diejenigen, gegen die wir, alle religiösen, weltanschaulichen und politischen Unterschiede beiseite schiebend, zusammenstehen müssen? Warum stehen wir dann hier vor dem Bahnhof und protestieren gegen Leute, die für sich in Anspruch nehmen, gegen den Salafismus zu sein? Ist das nicht ein Widerspruch?

Nein, denn die HOGESA, die „Hooligans gegen Salafismus", die Neonazis und Rassisten, die wenige hundert Meter von hier entfernt ihre menschenfeindlichen Parolen herausbrüllen, sind genau aus dem gleichen Holz geschnitzt, wie die selbsternannten Gotteskrieger. Es eint sie der gleiche wahnhafte Hass auf alle diejenigen, die nicht so sind und auch nicht so sein wollen, wie sie selbst.

Liebe Freundinnen und Freunde, auf dem Breslauer Platz und im Kunibertsviertel geht es nicht um Salafismus, um Scharia oder um Solidarität mit den Menschen in den kurdischen Gebieten. Die meisten, die jetzt dort stehen, werden von Menschenfeindlichkeit, von Rassismus, von Neofaschismus angetrieben. Um das zu beweisen, lasst mich einige Eintragungen von der Facebookseite, auf der die Hooligan-Demonstration beworben wird, zitieren:

* Über die schwarz-rot-goldene Deutschlandfahne, die die Rassisten so gerne schwenken, heißt es: „Wer sich für diese Drecksfarben hergibt, braucht sich über die heutige Situation gar nicht zu bescheren". Der Autor dieser Zeilen liefe nämlich lieber unter der schwarz-weiß-roten Reichsflagge.
* Wir Antifaschisten werden als „links-rot-grün versiffte Gegendemonstranten" beschimpft.
* Ein Dritter meint: „Ich kann nicht mehr zusehen, wie mein Land ausgesaugt wird und letztlich daran kaputt geht".
* Und es wird nicht einmal davor zurückgeschreckt, nur leicht verhüllt zu rassistischen Pogromen aufzurufen: „Auf geht's nach Hoyerswerda, da hatten wir das Spielchen schon mal, vor ca. 23 Jahren.

Das waren nur vier Beispiele aus einer Vielzahl Brechreiz erregender Kommentare.

Auf den Facebookseiten der HOGESA und ähnlicher Gruppierungen toben sich der „gesundes deutsches Volksempfinden" genannte Rassismus genauso aus, wie Neonazismus, menschenverachtende Dummheit und Brutalität. Diejenigen, die so schreiben, die sind nicht gegen Salafisten – die sind gegen die Menschenrechte! Und deshalb gilt es, sie genauso zu bekämpfen, wie ihre Brüder im Geiste, die Propagandisten der djihadistischen Mörderbanden in Syrien und im Irak.

Die einen sprechen von Gott (und das ist nicht der Gott der allermeisten Muslime) und meinen eine feudalistische, religiös verbrämte Diktatur. Die anderen reden von Salafismus und wollen ein in ihren Augen ethnisch reines Deutschland, in dem für andere Menschen, Fremde, Andersgläubige und Andersdenkende kein Platz sein soll. Sie geben sich unterschiedlich, ja feindlich, und meinen doch Gleiches – und darum bekämpfen wir beide.

Wir wollen eine demokratische Welt, in der weder Platz für Rassisten noch für selbstberufene Gotteskrieger ist. ■

Ein Vierteljahrhundert Aufklärung – „Der Rechte Rand“

25 Jahre antifaschistische Aufklärung: Der Rechte Rand feiert seinen Geburtstag mit einer Sonderausgabe zum Thema „Nazi Spitzel“. Wir gratulieren und haben uns die Jubiläumsausgabe näher angeschaut.

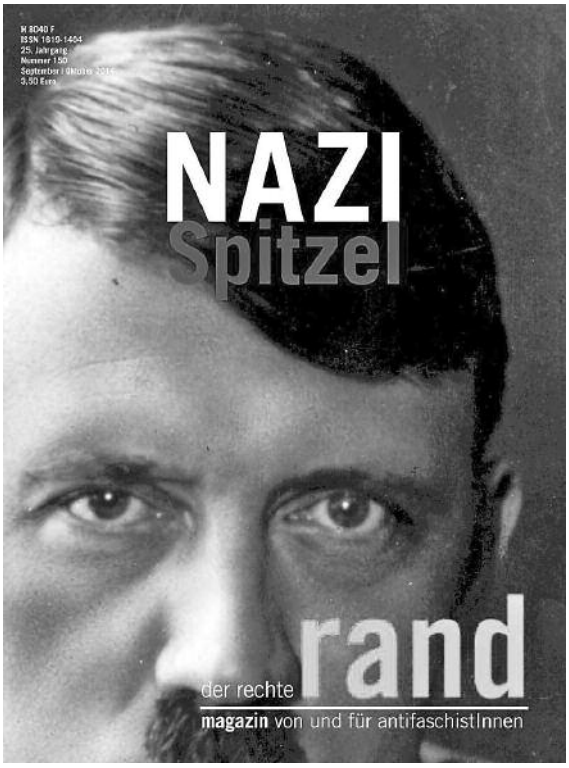
„Wenn ich fundierte Informationen über Nazis haben will, lese ich den Rechten Rand“, sagte im vorigen Jahr eine Freundin beim Erscheinen des Verfassungsschutz-Berichtes und fügte hinzu: „Und dem Geheimdienst würde ich das erst recht empfehlen“. Vor 25 Jahren erschien die erste Ausgabe des Magazins „von und für AntifaschistInnen“, der Anlass waren die Wahlerfolge der extrem rechten Partei „Die Republikaner“ (REP). Trotz des Parteiabstiegs in die Bedeutungslosigkeit ist das Streben der extremen Rechten nach Macht- und Einfluss in den vergangenen 25 Jahren konstant geblieben. Und so warnt die ehrenamtlich arbeitende Redaktion in ihrem Editorial zur Jubiläumsausgabe: „der aktuelle Flirt einiger Unions-PolitikerInnen mit der rechtspopulistischen ‚Alternative für Deutschland‘ oder die fast vergessene Hamburger Koalition mit der rechten ‚Schill-Partei‘ zeigen: Die Bereitschaft, sich mit dem rechten Rand einzulassen, ist vorhanden – bedingt durch ideologische Nähe oder unbedingten Willen zum Machterhalt“.

Einem anderen, ebenfalls konstanten Thema der extremen Rechten widmet sich das Magazin „Der Rechte Rand“ (DRR) in seiner aktuellen 150. Ausgabe auf doppelter Seitenstärke. Es geht um die Verbindungen zwischen Neonazis und Geheimdiensten bzw. die Frage, wie sich die staatliche Alimentierung der als V-Leute und Spitzel beschäftigten Neonazis auf die extrem rechte Szene ausgewirkt hat. Das Thema steht spätestens seit den Erkenntnissen im Zuge der NSU-Aufklärung verstärkt im Fokus der Öffentlichkeit, wird aufgrund seiner Informationsfülle für Laien aber schnell unübersichtlich. Dagegen überrascht der DRR mit einem Hintergrundartikel über Adolf Hitler als „Vertrauensmann“ der Reichswehr und Einzelportraits von Spitzeln und V-Männern aus der Neonazi-Szene. Die langjährige und kontinuierliche Berichterstattung des DRR ermöglicht es den Autoren der aktuellen Ausgabe, bei ihren Texten von einem profunden Wissen zu profitieren. Ein Großteil der Namen der 28 porträtierten Spitzel und V-Leuten ist bereits in zurück liegenden Ausgaben des Magazins aufgetaucht, doch erst die geballte Sammlung macht den eigentlichen Skandal offenkundig. Immer wieder haben die Geheimdienste mit ihrer Bezahlung der als Spitzel beschäftigten Neonazis dazu beigetragen, dass diese den Aufbau der extrem rechten Szenen vorantreiben konnten. Gleichzeitig verhinderten die Behörden oftmals mit schützender Hand eine strafrechtliche Verfolgung der oft ranghohen Neonazis für begangene Straftaten oder warnten sie vor anstehenden Repressionsmaßnahmen. Eine Erkenntnis, an die sich Beobachter der NSU-Aufklärung durch die massive Häufung der Spitzel-Fälle fast schon gefährlich gewöhnt haben. Doch es sind beileibe keine Einzelfälle, wie sich beim Lesen der Portraits zeigt: die daraus erwachsende Gefahr hat vielmehr System und dies führte und führt immer wieder zu Toten, Verletzten und anderen Opfern von neonazistischer Gewalt. Das Gesamtausmaß dieser Fälle bleibt wahrscheinlich unbekannt, denn nach wie vor berufen sich die Geheimdienste beim Schweigen auf den Quellenschutz wegen einer vermeintlichen Bedrohung der Spitzel im Fall einer Enttarnung. Eine fadenscheinige Ausrede, macht der DRR klar und verweist bei der Dekonstruktion des Mythos auf eine Antwort des Thüringer Innenministeriums im Landtag. Dort musste es „einräumen, dass es in den vergangenen 20 Jahren nur in vier Fällen Kenntnis von Drohungen und Attacken gegen Spitzel habe. Nur einer davon sei körperlich angegriffen worden. Eine reale Gefahr für enttarnte Spitzel gibt es also kaum“. Und auch Gregor Wiedemann vom „Forum für kritische Rechtsextremismusforschung“ resümiert im DRR-Interview: „Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass sich die Neonazi-Szene in Ostdeutschland ohne die Hilfe des ‚Verfassungsschutzes‘ (VS) bis Ende der 1990er Jahre nicht in dem Maße hätte organisieren können. Die zunehmende Vernetzung und Verfestigung der anfangs eher losen Fascho- und Skinhead-Szene vollzog sich mit Wissen der verschiedenen VS-Ämter und unter Beteiligung ihrer Vertrauensleute in zentralen Positionen“. Noch dazu ließen die Verstrickung von V-Leuten in den Führungsebenen der NPD das Verbotsverfahren gegen die NPD 2003 scheitern – eine Blamage für den deutschen Staat, dessen Geheimdienste die NPD so vor einem Verbot schützten.

Seit 25 Jahren Aufklärung über die extreme Rechte

Angesichts der vielen verschwörungstheoretisch besetzten Debatten um Geheimdienste und Neonazis ist die Lektüre des DRR-Jubiläumsheftes eine Wohltat, denn das Themenheft sorgt mit Hintergrundwissen, Vernetzungen und gewohnt klarer Analyse für Erkenntnisgewinn statt schnell vergängliche Schlagzeilen. Genau diese Qualität ist es, die dem DRR seit einem Vierteljahrhundert die exponierte Stellung sichert, während andere Magazine oftmals nur für kurze Zeit für ein Rauschen im Blätterwald sorgten. Genau aus diesem Grund ist DRR auch künftig unverzichtbar, wenn es um die Einschätzung und Einordnung der extrem rechten Bewegung und ihren vielen Facetten für die Öffentlichkeit geht. Denn wer, möchte man sich fragen, soll das sonst tun? Etwa der Verfassungsschutz?

„Der rechte Rand“ erscheint alle zwei Monate und wird vom Verein Bildung & Publizistik heraus gegeben. Die gerade erschienene 150. Ausgabe mit 72 Seiten kostet 3,50 Euro, ein Inlandsabo mit sechs Ausgaben 21 Euro im Jahr. Das Abo-Formular kann unter www.der-rechte-rand.de herunter geladen (und ausgefüllt) werden, dort können auch ältere Nummern und Extra-Ausgaben des Magazins online gelesen und herunter geladen werden. *Kai Budler* ■



Erneut sächsische Justizposse gegen Antifaschisten oder wie kommen demokratische Grundrechte abhanden

Am Donnerstag, den 16. Oktober, begann der Prozess gegen Markus Tervooren, Geschäftsführer der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA). Mit Megafon und Fahne soll er sich des mehrfachen schweren Landfriedensbruchs schuldig gemacht haben. Als angeblicher „Rädelsführer" der erfolgreichen Blockade-Aktionen gegen den Neonaziaufmarsch am 19. Februar 2011 musste er sich vor dem Dresdener Amtsgericht verantworten.

Bereits nach zwei Stunden wurde das Verfahren ohne Schuldeingeständnis nach § 153a StGB und 500 Euro Geldstrafe eingestellt. Lothar König, der sich am 10. November dieses Jahres erneut vor dem Amtsgericht Dresden für abstruse Vorwürfe der Dresdner Staatsanwaltschaft verantworten muss, erklärte unmittelbar nach dem Prozess: „Das ist quasi ein Freispruch. Das muss so festgehalten werden." Silvio Lang, Sprecher des Bündnis Dresden Nazifrei ergänzt: „Ein weiteres Kapitel der Justizposse sächsischer Verhältnisse findet seinen Abschluss. Zuerst werden schwere Vorwürfe gegen Antifaschisten konstruiert, anschließend werden die Verhandlungen wegen haltlose Vorwürfe ohne Schuldeingeständnis eingestellt." Markus Tervooren selbst zeigt sich erleichtert.

Am Vorabend der Verhandlung demonstrierten in Dresden etwa 300 Menschen ihre Solidarität mit dem Angeklagten und forderten die sofortige Einstellung der Verfahren. Mit Statements wie „Das ist meine Fahne – eure Repression ist Banane" und „129a – das kennen wir schon – Feuer und Flamme der Repression" machten sie ihren Unmut über die Anklage deutlich. Lutz Richter, Landtagsabgeordneter der LINKEN, erklärte im Vorfeld der Demonstration:

„Markus Tervooren hat gemeinsam mit vielen anderen Menschen sein Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrgenommen. Es ist der Erfolg des antifaschistischen Bündnisses und vieler Engagierter, dass Europas größter Naziaufmarsch in Dresden Geschichte ist. Die permanent stattfindende Kriminalisierung derer, die sich für Menschenwürde, für Demokratie und gegen Neonazismus einsetzen, ist ein falsches Signal. Daher: Solidarität mit Markus Tervooren, für die demokratischen Grundrechte!"

Unmittelbar vor der Verhandlung demonstrierten 30 Sympathisanten direkt am Amtsgericht ebenfalls ihre Solidarität mit Tervooren.

Jens Thöricht ■

Späte Gerechtigkeit

Italienisches Verfassungsgericht gibt Naziopfern grünes Licht für Entschädigungsklagen gegen Deutschland

Italienische Naziopfer können nach einer Entscheidung des italienischen Verfassungsgerichtes weiterhin Entschädigungsklagen gegen Deutschland führen. Damit hat die Bundesregierung mit ihrem Versuch, solche Forderungen zu unterdrücken, eine herbe Niederlage erlitten. Mit seinem Urteil erklärte das Gericht ein Gesetz für unwirksam, das Naziopfern den Klageweg gegen Deutschland verbaut hatte.

Dies dürfte in den Außenministerien Italiens und Deutschlands für einige Aufregung sorgen. Dort war man eigentlich der Meinung, die Angelegenheit zu Lasten der Naziopfer geklärt zu haben. Die Bundesregierung hatte die Forderungen verschleppter Zwangsarbeiter sowie Überlebender und Angehöriger von Opfern der barbarischen Massaker, die deutsche Besatzungstruppen nach 1943 verübt hatten, schon immer rigoros abgelehnt. Nachdem die italienische Justiz ab den 1990er Jahren in mehreren Urteilen Deutschland zu millionenschweren Entschädigungen verpflichtete, verklagte die Bundesregierung ihrerseits Italien vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH). Dieser befand Anfang 2012, die italienischen Urteile verstießen gegen den Grundsatz der sogenannten Staatenimmunität, demzufolge Länder nicht durch Individuen für Kriegsunrecht verantwortlich gemacht werden können. Italien müsse solche Klagen seiner Staatsbürger gesetzlich unterbinden.

Ein solches Gesetz wurde Anfang 2013 verabschiedet – und nun vom Verfassungsgericht wieder aufgehoben. Die italienische Verfassung garantiere jedem Bürger das Recht auf ein faires Verfahren zum Schutz seiner Rechte, betonte das höchste Gericht in der Entscheidung vom späten Mittwoch Abend. Die Justiz an dieser Aufgabe hindern zu wollen, sei verfassungswidrig. Das Gericht positionierte sich zudem offen gegen die Auffassung des IGH: Wenn ein Staat Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschheit begehe, könne er dafür keine Immunität in Anspruch nehmen.

Als „großartigen Sieg" bezeichnete Duilio Bergamini, einer der Kläger, das Urteil. Bergamini war als Militärinternierter zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden. Der Präsident der jüdischen Gemeinde Italiens, Renzo Gattegne, sprach von einem „historischen Urteil". Er erklärte: „Verbrechen von solcher Tragweite, die gegen jede Menschlichkeit verstoßen und das Recht auf Leben verletzen, dürfen weder verjähren noch in Vergessenheit geraten."

Festnahmen durch deutsche und italienische Soldaten in Rom im März 1944. Die Gefangenen wurden später in den Ardeatischen Höhlen ermordet. *Foto: Bundesarchiv*

Die deutsche Politik reagierte am gestrigen Donnerstag nicht auf die Entscheidung, einzig Ulla Jelpke, Abgeordnete der Partei Die Linke, beglückwünschte die Naziopfer und forderte die Bundesregierung auf, ihren Entschädigungsboykott endlich aufzugeben. Damit ist aber nicht zu rechnen, so dass offen bleibt, ob die Naziopfer tatsächlich Entschädigung erhalten oder nur „im Prinzip“ Recht bekommen haben. Der einzige Weg dürfte darin bestehen, in Italien deutsches Staatseigentum zu beschlagnahmen. Gegen Vermögen der Deutschen Bahn AG und eine Villa in Norditalien war bereits eine Zwangsvollstreckung eingeleitet, wegen des IGH-Verfahrens aber wieder ausgesetzt worden. Welche Maßnahmen dann die Bundesregierung wiederum gegen Italien ergreifen könnte – immerhin liegt ein Konflikt zwischen internationaler und nationaler Rechtsprechung vor – ist gegenwärtig kaum abzusehen und wird mit Sicherheit noch die Außenminister beider Länder beschäftigen.

Frank Brendle ■

Rechtsextrem regierte Rathäuser – in Bälde eines, vielleicht zwei weniger?

In Le Pontet und in Hayange wackeln die Amtssessel

Die Kette könnte an zwei ihrer schwächsten Glieder reißen, doch vorläufig hält sie noch. Elf Bürgermeister waren im Frühjahr dieses Jahres auf Listen des rechtsextremen Front National (FN) in französische Rathäuser gewählt worden. Hinzu kommen noch eine Reihe weiterer Amtsträger in kleinen Kommunen, in denen prinzipiell nur parteifreie oder –übergreifende Listen zu den Rathauswahlen kandidieren. In ihrer Ausgabe vom 15. Oktober 14 publizierte die französische Wochenzeitung Le Canard enchaîné die Namen von einem halben Dutzend Bürgermeistern, die auf Listen ohne Parteizugehörigkeit in die Rathäuser gewählt wurden, aber selbst einen Mitgliedsausweis der rechtsextremen Parteien besitzen(1). Und es dürfte ihrer noch mehr geben. Ferner stellt eine andere, kleinere rechtsextreme Formation, die Regionalpartei Ligue du Sud, ihrerseits vier Bürgermeister in Südostfrankreich(2). Insgesamt leben knapp eine halbe Million Menschen unter rechtsextremer Verwaltung, davon gut 400.000 in den elf offiziell FN-geführten Städten(3).

Gerichtliche Aufhebung...

Doch nun fiel am Donnerstag, den 16 Oktober 14 ein Gerichtsurteil, das bei einem der elf „offiziellen“ FN-Bürgermeister zur Amtsenthebung führen könnte. An diesem Tag annullierte ein Verwaltungsgericht in Nîmes die Wahl von Joris Hébrard vom Front National zum Bürgermeister von Le Pontet, einer Stadt mit 17.000 Einwohner/inne/n in der Nähe von Avignon und Partnerstadt des deutschen Hochheim am Rhein(4). Ende März dieses Jahres hatte er mit nur sieben Stimmen Vorsprung vor dem konservativen Gegenkandidaten Claude Toutain abgeschnitten. Da siebzehn Unterschriften auf den Wahlunterlagen unleserlich waren, bestehen hinreichend Zweifel an der Regelmäßigkeit des Urnengangs. Die Kläger und die Justiz mutmaßten, die fraglichen Unterschriften seien möglicherweise nachträglich eingefügt worden, da sie anscheinend bzw. möglicherweise nicht durch dieselbe Hand (des oder der Vorsitzenden des Wahlbüros) angebracht wurden, die die übrigen Stimmabgaben bestätigt hatte. Auf diese Weise hätte man möglicherweise Stimmen mitzählen können, die im Namen von Nichtwähler/inne/n abgegeben wurden(5).

Da Hébrard allerdings ankündigte, vor den Conseil d'Etat zu ziehen, das oberste Verwaltungsgericht, dürfte sich die Prozedur noch einige Monate hinziehen(6).

...und Trouble um die Wahlkampffinanzierung

Am Freitag, den 24. Oktober 14 kam nun noch die Entscheidung einer offiziellen Kommission hinzu, die einen zweiten FN-Bürgermeister in erhebliche Schwierigkeiten bringt. An jenem Freitag verkündete die „Nationale Kommission für Wahlkampfkosten und Parteienfinanzierung“ (CNCCFP) offiziell, dass sie das Wahlkampfkostenbudget der Liste von Fabien Engelmann vom FN im lothringischen Hayange beanstandet. Dessen Wahlkampfbudget für die Rathauswahl vom 23. und 30. März dieses Jahres wird durch diese Entscheidung zurückgewiesen(7).

Jede Liste in Frankreich darf nur bis zu einer gesetzlich gezogenen Obergrenze hin Gelder für ihren Wahlkampf ausgeben, um Bedingungen für einen halbwegs fairen Wettbewerb zu gewährleisten; werden die Regeln eingehalten und wird eine bestimmter Mindest-Stimmenanzahl erreicht, erhält die entsprechende Liste dann einen Anspruch auf Rückerstattung ihrer Wahlkampfkosten(8). Um über die Einhaltung der Regeln wachen und die Ausgaben kontrollieren zu können, muss jede Kandidatenliste eine(n) Wahlkampfkosten-Beauftragte(n) ernennen. Nur diese Person - und ausschließlich sie – ist dann dazu befugt, Ausgaben während der Wahlperiode im Namen ihrer Liste zu tätigen.

Fabien Engelmann (35) regiert die ostfranzösische Kommune mit knapp 16.000 Einwohner/inne/n seit dem Frühjahr. Er steht doch seit mehreren Wochen im heftigen Streit mit seiner vormaligen Ersten Beisitzerin, der Lokaljournalistin Marie

Da Silva; Hintergrund dafür ist die oft eigenwillige bzw. eigenmächtige Amtsführung des „Tyrannen aus Lothringen“(9), wie die Pariser Abendzeitung Le Monde ihn nannte, in „seinem“ Rathaus. Diese Dame legte daraufhin in der Öffentlichkeit Dokumente vor, die darauf hinweisen, dass bei den Wahlkampfkosten geschummelt worden sein dürfte: Aus ihnen soll hervorgehen, dass Marie Da Silva selbst (an der Person des oder der allein zuständigen Wahlkampfkosten-Beauftragten vorbei) rund 3.000 Euro für den Wahlkampf zugeschossen hatte, als Darlehen respektive als Bürgschaft in Höhe von 1.575 Euro. Ihr wurde daraufhin am 3. September 14 im Kommunalparlament der bisherigen Posten entzogen, dabei scheint jedoch bei der Abstimmung nicht Alles mit rechten demokratischen Dingen zugegangen zu sein. Zwei weitere Beisitzer, die ebenfalls zu Da Silva halten und ihren bisherigen Chef – Bürgermeister Engelmann – kritisieren, sollen nun auch noch abgesetzt werden. Eine Abstimmung dazu wurde auf diesen Montag, den 27. Oktober 14 angesetzt.

Aufgrund der öffentlichen Ausführungen seiner vorherigen Ersten Beisitzerin geriet Fabien Engelmann nun jedoch in erhebliche Erklärungsnöte, und sein Wahlkampfkosten-Haushalt wurde in der Konsequenz nun durch die zuständige Kommission zensiert. In der weiteren Folge könnte nun ein Verwaltungsgericht seine Wahl nachträglich annullieren, falls er zu der Auffassung kommt, dass der Verstoß dafür gravierend genug sei(10). Auch der Amtssessel des jungen antimoslemischen Fanatikers Fabien Engelmann hat also inzwischen zu wackeln begonnen...

Erhöhung in eigener Sache und „Sparzwang“

Sollte es allerdings zur Neuwahl gerade in diesen beiden Kommunen kommen, dann dürfte es für den FN möglicherweise schwierig werden. Denn von allen Amtsträgern der rechtsextremen Partei war Hébrard (in Le Pontet) vielleicht derjenige, der am wenigsten auf taktische Rücksichtnahmen achtete, die dadurch erforderlich werden, dass der FN im Licht der Scheinwerfer steht - und stärker als andere Parteien für seine kommunalpolitische Bilanz haftbar gemacht wird.

Der 31jährige hatte seine eigenen Bezüge als Bürgermeister durch die Kommunalverordneten seiner Partei um 44 Prozent erhöhen lassen(11), was zu einer heftigen Kontroverse auf der Stadtratssitzung vom 21. Mai geführt hatte. Der Beschluss wurde dann allerdings im August d.J. durch den Präfekten, der im Namen des Zentralstaats eine Rechtsaufsicht über die Kommunen ausübt, annulliert(12). Sein Amtskollege im südostfranzösischen Département Var, Philippe de la Grange, Bürgermeister der Kleinstadt Le Luc (10.000 Einwohner/innen), hatte sich seinerseits 15 Prozent Erhöhung gegönnt. Und hatte Kritik zurückgewiesen, indem er darauf verwies, dass angeblich „Ausländer, die nie in Frankreich gearbeitet“ haben, unverdient fette Renten ausbezahlt bekämen(13) – was selbstverständlich nicht zutrifft, sondern eine glatte Lüge darstellt(14).

Derselbe Joris Hébrard, der junge Herr mit der 44prozentigen Erhöhung, hatte zugleich Ende Juni dieses Jahres den kostenlose Schulspeisungen für die Kinder der ärmsten Familien in „seiner“ Stadt ein Ende gesetzt – unter Verweis auf finanzielle Schwierigkeiten und Sparzwänge(15). Und als er ein sozialpolitisches Stadtteilzentrum unter dem Vorwand finanzieller Probleme dichtmachen wollte, musste er sich entgegen halten lassen, dass es schwarze Zahlen schreibe. Worauf er nur zu entgegen wusste, ausgeglichene Konten bzw. ein Wirtschaften mit Gewinn bedeuteten ja nicht, „dass es kein finanzielles Problem gibt“.(16) Hébrard bleibt also erst einmal als ein Stadtoberhaupt mit umstrittenen Beschlüssen und Streitigkeiten zu Beginn seiner Amtsführung im Gedächtnis(17). Zu seinen sonstigsten „dringlichsten“ Beschlüssen, seit seinem Amtsantritt im Rathaus, zählen das Verbot (besonders ausländischer) Fahnen bei Hochzeiten – seit nunmehr drei Jahren erregten sich rechtsextremen Politiker wie Jacques Bompard und die rechtsextreme Wochenzeitung ‚Minute‘ wiederholt über marokkanische oder algerische Flaggen bei Hochzeitsfeiern vor Rathäusern – und die ostentative Verstärkung der Kommunalpolizei(18).

Fabien Engelmann seinerseits ist in seiner Amtsführung in Hayange aufgrund diverser Eskapaden, und noch auch noch zusätzlich durch den heftigen Streit mit seiner ehemaligen Ersten Beisitzerin und anderen vormaligen Wegbegleitern, ziemlich geschwächt. Politisch könnte es also für den örtlichen FN möglicherweise ein Desaster hervorrufen, falls in naher Zukunft „ausgerechnet“ im lothringischen Hayange neu gewählt werden müsste. - Vgl. dazu auch unseren Artikel in AN 19/2014.

„Erziehung“ und Sozialabbau

Andernorts nimmt der FN etwas stärkere Rücksichten auf taktische Erfordernisse und achtet manchmal darauf, was bei der Bevölkerung ankommt oder, im Gegenteil, Anstoß erregt. Auch wenn er in der Mehrzahl der Fälle auch dort auf Sparpolitik setzt, sozialpolitischen Einrichtungen ihre Mittel sperrt oder reduziert - und sie mitunter zum Dichtmachen zwingt wie in Villeneuve, einem Stadtteil von Fréjus an der Côte d’Azur, sofern sie auf missliebige Weise Stellung bezogen hatten(19).

In Béziers westlich von Montpellier, dessen Bürgermeister Robert Ménard – früher einmal ein Linker sowie Chef von „Reporter ohne Grenzen“, aber längst scharf nach rechts gerückt – parteilos ist aber für den FN kandidiert hatte, versucht die Rathausführung die Sparmaßnahmen gezielt zur „Erziehung“ der ärmeren Teile der Bevölkerung einzusetzen. Die Stadtregierung von Béziers, 71.000 Einwohner und derzeit die größte rechtsextrem regierte Kommune, hat seit dem Frühjahr eine Reihe neuer lokaler „Straftatbestände“ bzw. Ordnungswidrigkeiten eingeführt. So verhängt die Kommune eigens geschaffene Strafzettel für das Aufhängen von Wäsche an den Fenstern ab zehn Uhr früh(20), für Auf-den-Boden-spucken(21) und ähnliche Nichtigkeiten. Ménard verteilt zudem, auf freiwilliger Basis, graue Schuluniformen an die Schülerinnen und Schüler seiner Stadt, wie sie zuletzt vor mehreren Jahrzehnten in ganz Frankreich getragen wurden(22). Während er gleichzeitig außerunterrichtliche Betreuungsstunden – eine Erleichterung für die Eltern – abschaffte, wenn ein Elternteil arbeitslos ist. Pech für Arbeitsuchende, wird ihnen doch entgegenhalten, sie seien ja derzeit nicht beschäftigt. Dies hat es allerdings zuvor auch bereits in anderen Kommunen gegeben(23).

Die Stadtregierung, die also offenkundig von einer Rückkehr schnurstracks in die Vergangenheit träumt und zugleich alltägliche Verhaltensweise kontrollieren möchte, reduzierte den lokalen Hilfsfonds für soziale Härtefälle um fünf Prozent. Die Verringerung soll jedoch für gezielte Zwecke genutzt werden. Wer sich nämlich eines der neu geschaffenen örtlichen „Straftatbestände“ schuldig machte, jedoch von Härtefallhilfen abhängig ist, soll vorgeladen werden, um sich die Leviten lesen zu lassen. Wird der Vorladung nicht Folge geleistet, entfällt die Hilfe(24). Nimmt man hinzu, dass Ménard, dem überregionale Ambitionen nachgesagt werden(25), sich in der vom Rathaus herausgegebenen Kommunalzeitung abfeiern lässt wie dereinst Nicolas Ceausescu in den rumänischen Staatsmedien vor 1989(26), ahnt man, was der Mann vielleicht tun würde, hätte er mehr Macht als heute. Günstigstenfalls wohl die Errichtung einer Art Erziehungsdiktatur(27)...

Vorrang für Symbolpolitik

Oft bleibt die rechtsextreme Stadtpolitik jedoch weitgehend im Rahmen von Symbolpolitik, die den Anhängern des FN das Herz erwärmen soll, aber an den realen Lebensverhältnissen der örtlichen Bevölkerung natürlich nichts ändert. Im „siebten Sektor“ von Marseille etwa, der die ärmsten nördlichen Stadtbezirke (den 13. und den 14.) der Mittelmeermetropole mit circa 150.000 Einwohnerinnen und Einwohnern umfasst, regiert seit den letzten Kommunalwahlen der FN-Bezirksbürgermeister Stéphane Ravier. Der 44jährige ist seit nunmehr dreißig Jahren bei der extremen Rechten aktiv. Zu seinen kuriosesten Einfällen zählt es, dass tagtäglich ein

Kommunalbediensteter dafür abgestellt wird, die französische Fahne am Rathaus am Morgen glattzustreichen und den Rest des lieben langen Tages darauf zu achten, dass sie sich nicht einrollt(28).

Klingt dies noch witzig, so ist nicht ganz so komisch, dass die Bezirksverordneten seiner Partei, mit Stéphane Ravier an der Spitze, gegen städtische Mittelzuwendungen für soziale Stadtteileinrichtungen stimmten. Und zwar mit der Begründung, man solle nicht „Millionen ausschütten" für (anscheinend von Natur aus) „kriminalitätsanfällige Zonen" und ihre Bevölkerungen, unter denen ja nicht sonderlich viele blonde Nordeuropäer seien („il n'y a pas beaucoup de Scandinaves")(29). Und auch nicht sehr lustig ist, dass er nun anscheinend plant, nur Kinder mit französischem Ausweis zur vorgesehenen Weihnachtsfeier 2014 im FN-geführten Rathaus zuzulassen(30). Denn der Weihnachtsmann ist strenger Nationalist.

Noch weniger belustigend sind andere symbolpolitische Weichenstellungen, die vor allem die rechtsextreme Kernwählerschaft bei der Stange halten sollen. So in der FN-regiertenStadt Cogolin (11.000 Einwohner), wo die Rathausregierung auf Teufel komm raus versucht, einen schnöden Parkplatz mit einigen Bäumen in „Place Maurice Barrès" umzubennen(31). Und dadurch einem 1923 verstorbenen Schriftsteller die Ehre zu erweisen, der nicht nur radikaler Nationalist („nationaliste intégral") war, sondern auch glühender Antisemit, und seine Ideen zu rehabilitieren. In Béziers war es der bereits erwähnte Robert Ménard, der sich am diesjährigen 05. Juli – Jahrestag der Unabhängigkeit Algeriens von der französischen Kolonialmacht - vor den Bildern von Angehörigen der rechtsterroristischen „Organisation geheime Armee" (OAS) verneigte(32). Die OAS kämpfte und mordete 1961/62 gegen den absehbaren französischen Rückzug aus Algerien, unter anderem mit Bombenanschlägen auf belebten Märkten im damaligen Kolonialgebiet, und die vier auf der Säule in Béziers abgebildeten OAS-Mitglieder waren 1962 unter der gaullistischen Regierung standrechtlich erschossen worden.

Vorläufiges Fazit

Auch aus Sicht ihrer eigener Wählerschaft dürfte die Bilanz der rechtsextrem regierten Rathäuser bislang allenfalls durchwachsen ausfallen. Alles in allem können die Rechtsextremen des FN sich in der breiten Öffentlichkeit allerdings - im Gesamtbild - bislang noch darauf berufen, dass es auch in anderen, sozialdemokratisch oder konservativ geführten Rathäusern genügend Korruptionsskandale und Machtmissbrauchsfälle gäbe. Deswegen sei es unzulässig, jene des FN nicht gesondert herauszustreichen brauche.

Amtsmissbrauch für persönliche Profilierung, etwa von Bürgermeistern, die sich mehrere Dutzend mal pro Ausgabe ihrer Kommunalzeitung ablichten lassen, gibt es tatsächlich auch bei anderen Parteien. Ebenso Sparpolitik und –abbau, auch auf kommunaler Ebene. Zumal die derzeitige Rathauspolitik (egal unter welcher politischen Couleur) im Kontext einer landesweiten Situation in Frankreich steht, in der die Zentralregierung die Zuwendungen an die Kommunen drastisch reduziert hat und ihre eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf diese abzuladen versucht(33). Den Rechtsextremen kann man in diesem Zusammenhang vor allem vorwerfen, es eben nicht besser zu machen als die sonst von ihnen dermaßen geschmähten „Alt-" oder (im Duktus des FN) „Systemparteien", obwohl viele Wähler angeblich oder tatsächlich gerade aus sozialer Frustration für den FN stimmen.

Zu diesem „Auch-nicht-besser-machen" kommen dann noch spezifische Skandale hinzu, die man so bei anderen Parteien nicht antrifft. Zwar ehrten in den letzten Jahren auch einige konservative Bürgermeister, vor allem in Städten mit hohem Bevölkerungsanteil früherer Algeriensiedler, die rechte Terrororganisation OAS(34). Aber rassistische Sprüche wie die mancher FN-Amtsträger oder –Mandatsträger sind dann doch bei anderen. So läuft derzeit ein Verfahren gegen einen Beisitzer des FN-Bürgermeisters von Villers-Cotterêts in der Picardie (10.000 Einwohner/innen) wegen rassistischer Auslassungen(35). Er hatte drei Karibikfranzosen anlässlich des Streits um einen Parkplatz aufgefordert, „in ihren Busch zurückzukehren".(36) Solcherlei Äußerungen sind, jedenfalls in dieser brutalen Offenheit, bei Amtsträgern anderer Parteien doch eher selten. Macht die extreme Rechte es also in vielerlei Hinsicht nicht besser als andere politische Kräfte, so macht sie Einiges noch erheblich schlimmer...

Vor dem Hintergrund von Krise, wachsender Armut und Arbeitslosigkeit sowie Entsolidarisierung ist allerdings fraglich, ob die rassistische Dimension allein derart viele Wähler abschrecken könnte, die versucht sind, für die extreme Rechte zu stimmen. Ihre „wahre" Bilanz auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet in den von ihr regierten Kommunen, kommt allerdings erst noch. Denn bislang arbeiten die rechtsextrem regierten Rathäuser mit Haushalten, die noch von ihren Vorgängern ausgearbeitet wurden – die rechtsextremen Stadtoberhäupter wurden Ende März und Anfang April d.J. eingesetzt, das Haushaltjahr 2014 hatte damals bereits begonnen.

Doch ab 2015 werden es die FN-Amtsträger und ihre jeweilige Stadtratsmehrheit sein, die dann die Haushalte ausarbeiten können, und müssen. Mit absoluter Sicherheit werden sie so genannte Sparzwänge nicht aufbrechen, sondern eher noch verschärfen, dabei aber versuchen, sie vor allem auf bestimmte „Zielscheiben" abzuwälzen. Etwa bei „Ausländervereinen" und bei sozialen Einrichtungen, die als politische Gegner oder jedenfalls dem FN gegenüber kritisch stehend verortet werden, bevorzugt zu sparen(37). Klein-Ceausescu Robert Ménard hat seinerseits bereits angekündigt, in Béziers einen Haushalt für 2015 vorzulegen, der „mit der Vergangenheit bricht".(38) In welche Richtung und auf welche Weise – da wird er alsbald Farbe bekennen müssen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Anmerkungen:

1 VgL. http://www.slate.fr/story/93491/nombre-exact-maires-fn

2 Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/2014/03/31/25001-20140331ARTFIG00237–la-tete-de-trois-villes-le-camp-bompard-etend-son-emprise.php

3 Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2014/05/07/quand-le-fn-arrive-en-ville_1012732

4 VgL. http://www.dw.de/wenn-freundschaften-zum-politikum-werden/a-17537132

5 Vgl. http://www.metronews.fr/marseille/vaucluse-l-election-municipale-du-pontet-annulee-le-maire-fn-fait-appel/mnjp!mLE4N4AVfTxTE/

6 Vgl. http://www.objectifgard.com/2014/10/16/nimes-tribunal-administratif-annule-lelection-du-maire-fn-du-pontet/

7 Vgl. http://www.francetvinfo.fr/politique/hayange-les-comptes-de-campagne-du-maire-fn-sont-rejetes_727695.html#xtor=EPR-51-[hayange-les-comptes-de-campagne-du-maire-fn-sont-rejetes_727695]-20141024-[bouton]

8 Wenn nicht, dann hat die Liste – oder der Kandidat/die Kandidatin, dort, wo es um eine Personenwahl geht, ein ernsthaftes Problem. Im Jahr 2013 wurde das Wahlkampfkostenbudget des Präsidentschaftskandidaten Nicolas Sarkozy aus dem Vorjahr, in zweistelliger Millionenhöhe, wegen Unregelmäßigkeiten zurückgewiesen. Daraufhin lancierte Sarkozy eine regelreche Bettelkampagne unter seinen Anhänger/inne/n, um einen Ruin seiner Partei abzuwenden und um 11 Millionen Euro an Spenden einzutreiben – was ihm letztlich sogar gelungen ist.

9 Vgl. http://www.lemonde.fr/le-magazine/article/2014/09/13/fabien-engelmann-le-tyran-de-lorraine_4485596_1616923.html

10 Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2014/10/24/les-mauvais-comptes-du-maire-fn-d-hayange_1129027

11 Vgl. http://www.laprovence.com/article/actualites/2889372/le-maire-augmente-son-salaire-lopposition-crie-au-scandale.html

12 Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2014/08/19/le-maire-fn-du-pontet-contraint-d-annuler-l-augmentation-de-ses-indemnites_1083224

13 // Vgl. http://www.debunkersdehoax.org/les-maires-fn-augmentent-leurs-indemnites-de-15-et-se-trouvent-une-justification-foireuse

14 Vgl. http://asti-var.over-blog.com/article-les-mensonges-du-maire-fn-du-luc-en-provence-sur-les-immigres-123437726.html

15 vgL. http://www.huffingtonpost.fr/2014/06/25/maire-fn-cantine-gratuite-familles-pauvres-_n_5529334.html

16 Vgl. http://www.saze-avenir.fr/medias/files/24.05.pdf

17 Vgl. http://www.francetvinfo.fr/politique/front-national/de-l-election-a-son-annulation-joris-hebrard-un-maire-fn-et-des-polemiques-sur-tous-les-fronts_721109.html

18 Vgl. http://www.liberation.fr/politiques/2014/10/19/elu-fn-destitue-au-pontet-ah-bon-il-est-plus-maire_1125359

19 Vgl. http://www.mediapart.fr/journal/france/080914/frejus-le-maire-fn-ferme-un-centre-social-en-ciblant-ses-positions-politiques

20 Vgl. http://www.huffingtonpost.fr/2014/05/20/robert-menard-interdit-linge-fenetre-beziers_n_5358100.html

21 Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/le-scan/insolites/2014/09/19/25007-20140919ARTFIG00150–beziers-robert-menard-s-attaque-aux-cracheurs.php

22 Vgl. http://www.lemonde.fr/politique/article/2014/05/27/a-beziers-robert-menard-propose-d-offrir-des-blouses-aux-ecoliers_4427322_823448.html

23 Vgl. http://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2014/06/05/enfants-de-chomeurs-prives-d-etude-a-beziers-menard-n-est-pas-le-premier_4432416_4355770.html

24 Vgl. http://www.midilibre.fr/2014/06/12/beziers-robert-menard-pose-des-conditions-aux-versements-des-aides-sociales,1006304.php

25 Vgl. http://www.midilibre.fr/2014/10/14/preparons-pour-2016-la-meilleure-solution-pour-que-le-prix-du-m3-de-l-eau-soit-le-moins-cher-possible-dans-toutes-les-communes-de-l-agglo-je-suis-sur-que-la-solution-de-la-regie-publique-l-emportera,1065604.php

26 Vgl. http://lelab.europe1.fr/RobertMenardPartout-dans-le-journal-municipal-de-Beziers-17352

27 Vgl. http://www.memorial98.org/article-beziers-radiographie-d-une-ville-sous-influence-123923150.html

→

Extreme Rechte im Europaparlament:

Werden die Karten neu gemischt – oder doch nicht?

Bringt das Rückspiel den französischen Neofaschisten ihren nächsten Sieg, statt nur den erwarteten Trostpreis? Der Wettkampf vom Frühsommer dieses Jahres, bei dem es darum ging, ob es der rechtsextremen Französin Marine Le Pen oder dem britischen Rechtsnationalisten Nigel Farage gelingen würde, eine Fraktion im Europaparlament um sich zu scharen, ging vor kurzem in eine neue Runde. So sah es jedenfalls am 16. und 17. Oktober 2014 vorübergehend aus.

Im Juni dieses Jahres hatte zunächst Nigel Farage das Rennen gemacht. Am 19. Juni hatte er die Bildung einer Fraktion unter dem vordergründig wohltönenden Namen Europe of Freedom and direct Democrazy Group (EFDD) verkündet. Ihr gehörten 48 Abgeordnete aus insgesamt sieben Mitgliedsländern der Europäischen Union an. Damit lag die Parlamentariergruppe deutlich über der erforderlichen Mindestzahl von 25 Mandatsträgern; aber hart am Limit, was die Anzahl der beteiligten Nationalitäten betrifft. Denn die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments erfordert, dass mindestens Abgeordnete aus einem Viertel der Mitgliedsstaaten zusammenkommen müssen, um eine Fraktionsbildung zu ermöglichen. Also Parlamentarier aus mindestens sieben EU-Ländern.

Farage hatte es geschafft, indem er neben dem unberechenbaren italienischen Politclown Beppe Grillo und seinen Anhängern – Beppe Grillo, der in jüngerer Zeit auch offen gegen Einwanderer hetzt, verhandelte allerdings parallel dazu auch mit den Grünen im Europaparlament – auch Parteien mit in seine Fraktion aufnahm, die zuvor mit Marine Le Pen und dem französischen Front National mehr als nur geliebäugelt hatten. Insbesondere die rechtsextremen „Schwedendemokraten" (SD).

Die Partei von Jimmie Akesson war bei ihrer Gründung im Jahr 1988 eine offene Neonazigruppierung gewesen, hatte sich jedoch in den letzten Jahren als „geläutert" zu präsentieren versucht. Mit einigem Erfolg, bei den schwedischen Parlamentswahlen vom 14. September 2014 erzielte sie mit knapp 13 Prozent der Stimmen einen historischen Erfolg.

Die SD hatten am 15. November 2013 an einem Treffen in Wien teilgenommen, bei dem es darum ging, die Weichen für die Bildung einer rechtsextremen Europaparlamentsfraktion nach den Wahlen von Ende Mai 14 zu stellen. Dort nahmen neben der FPÖ als Gastgeberin unter anderem auch der französische Front National (FN), der belgische Vlaams Belang die italienische Lega Nord teil.

Doch möglicherweise wollte die schwedische Partei im Juni d.J. dann ihre Wahlchancen auf nationaler Ebene für die Zeit nach der Sommerpause nicht gefährden. Deswegen schloss sie sich lieber dem Engländer Nigel Farage ein, der im Vergleich zu Marine Le Pen und anderen Chefs von einwandererfeindlichen Parteien ein etwas saubereres Image genießt. Die britische UKIP hatte seit ihrer Gründung 1993 zunächst vorwiegend auf einen Anti-EU-Kurs gesetzt. Erst in jüngerer Zeit wurde auch die Agitation gegen Einwanderer zu ihrem zweiten Standbein. (Vgl. dazu ausführlich auch AN 21/2014)

Auf europäischer Ebene werden nun möglicherweise die Karten neu gemischt.

Denn wie am Donnerstag, den 16. Oktober 14 bekannt wurde, verlässt die einzige lettische Abgeordnete der Fraktion von Nigel Farage nun dieselbe. Es handelt sich um Iveta Grigule von der „Union der Grünen und der Bauern", die kürzlich Ambitionen auf den Vorsitz der Europaparlaments-Delegation für die Beziehungen zu den Staaten Zentralasiens – in ihrer Mehrheit früherer Sowjetrepubliken wie Lettland – anmeldete.

Ob darüber hinaus auch inhaltliche Differenzen für ihren Austritt mit verantwortlich waren, wurde nicht bekannt. Wenn, dann dürften diese mit der Positionierung gegenüber Russland unter Wladimir Putin zusammenhängen. Nigel Farage ist, ähnlich wie Marine Le Pen, ein bekennender „Putin-Versteher" respektive Putin-Fan.

Paradox wirkt dabei allerdings, dass der Notnagel, der am Montag (20. Oktober 14) auftauchte und der Farage-Fraktion doch noch Rettung zu bieten versprach, ausgerechnet auf einem polnischen Europaparlamentarier beruhte – während polnische Nationalisten in aller Regel Russlandhasser sind.

Der polnische Rechtsnationalist Robert Jaroslaw Iwaszkiewicz, Mitglied der Formation „Kongress der Neuen Rechten" (KPN) und bislang als fraktionsloser Abgeordneter im Europaparlament unterwegs, gab an dem Tag bekannt, dass er sich der Farage-Fraktion anschloss. Damit wäre diese gerettet, weil ihr damit erneut sieben Nationalitäten angehören würden, falls sich die Nachricht bestätigt.

Marine Le Pen machte sich zwischenzeitlich ernsthafte Hoffnungen darauf, mehrere Verbündete unter den Trümmern der Farage-Fraktion finden zu können. Neben den „Schwedendemokraten", die sie zurückgewinnen möchte, hatte sie dabei besonders die Litauer von der rechtsnationalistischen Gruppierung „Ordnung und Gerechtigkeit" (TT) im Visier. Im Juni dieses Jahres hatten ihr Abgeordnete aus zwei Mitgliedsländern bei der Fraktionsbildung gefehlt. Infolge ihres damaligen Scheiterns hatte ihr Bündnispartner Geert Wilders von der niederländischen „Partei für die Freiheit" (PVV) sein eigenes Mandat im Europaparlament aufgegeben und an den Nachrücker auf der Liste abgegeben.

Anfang Oktober 14 allerdings hatte die Chefin des französischen Front National erneut von ihren Ambitionen auf europäischer Ebene reden gemacht. Am 3. Oktober d.J. kündigte sie an, eine Stiftung in Brüssel zu gründen und eine supranationale Partei unter dem Namen „Europa der Nationen und der Freiheitsrechte" (Europe des nations et des libertés). Dabei wollten aber zunächst nur die FPÖ und die Lega Nord mitziehen. Es sah aus wie ein Trostpreis, anstatt einer Fraktion. Auf Letztere machte Marine Le Pen sich dann allerdings ab Mitte des Monats Oktober doch wieder neue Hoffnungen, siehe oben.

Würde Marine Le Pen die Fraktionsbildung tatsächlich gelingen, so stünden ihr laut Berechnungen aus dem Frühsommer jährlich 2,974 Millionen Euro an Mittelzuwendungen dafür zur Verfügung. Vorläufig bleiben die FN-Chefin und ihr Anhang davon jedoch ausgeschlossen.

Bernhard Schmid, Paris ■

28 Vgl. https://www.facebook.com/bruayenmieux/posts/599207876861974

29 Vgl. https://www.facebook.com/bruayenmieux/posts/599207876861974

30 Vgl. http://actu.orange.fr/politique/marseille-carte-d-identite-obligatoire-pour-voir-le-pere-noel-du-fn-lenouvelobs_CNT0000005oS9v.html

31 Vgl. http://www.varmatin.com/cogolin/creation-contestee-a-cogolin-fn-dun-parking-au-nom-dune-figure-nationaliste.1765099.html

32 Vgl. http://tempsreel.nouvelobs.com/politique/20140710.OBS3393/beziers-menard-s-incline-devant-une-stele-glorifiant-l-oas.html?xtor=RSS-17

33 Vgl. http://www.huffingtonpost.fr/2014/09/30/maires-fn-austerite-mur-dette_n_5899958.html

34 Vgl. http://www.henri-pouillot.fr/spip.php?rubrique53

35 Vgl. http://www.lunion.presse.fr/region/villers-cotterets-02-trois-plaintes-pour-propos-racistes-ia231b0n415564

36 Vgl. http://actu.orange.fr/une/villers-cotterets-un-elu-fn-accuse-de-racisme-afp-s_CNT0000004h5iU.html

37 Vgl. http://www.huffingtonpost.fr/2014/09/30/maires-fn-austerite-mur-dette_n_5899958.html

38 Vgl. http://www.midilibre.fr/2014/10/16/un-budget-de-rupture-pour-beziers-en-2015,1066812.php

Staatskanzlei und Ministerien für Flüchtlinge öffnen

MÜNCHEN. Zur Ankündigung des Münchner Oberbürgermeisters, die Bayernkaserne zu schließen, hat der Bayerische Flüchtlingsrat erklärt, er habe durchaus Verständnis für die Idee, die Bayernkaserne vorübergehend zu schließen, um eine Entspannung der Situation vor Ort zu erreichen. Allerdings führt dies lediglich dazu, dass alle Flüchtlinge nach Zirndorf kommen. Die dortige Erstaufnahmeeinrichtung ist jedoch genauso überfüllt wie die Bayernkaserne.

„Die Bayerische Staatsregierung ist verantwortlich für die derzeitige chaotische Situation in Bayern. Anstatt den Städten und Landkreisen die Lösung der Probleme zu überlassen, sollte sie jetzt einen eigenen Beitrag leisten. Wir fordern deshalb die Staatsregierung auf, in der Staatskanzlei und den Gebäuden der Ministerien großzügig Platz freizuräumen. Denn jedes feste Gebäude ist allemal besser für die Unterbringung geeignet, als Zelte im Stadtgebiet", fordert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

„Zudem bitten wir das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, schnellstmöglich zusätzlich mobile Verwaltungsstellen zu entsenden, die in den Dependancen der Erstaufnahmeeinrichtungen die Registrierung der Flüchtlinge durchführen. Denn erst danach können Flüchtlinge in die bayerischen Flüchtlingslager oder in andere Bundesländer weiterverteilt werden."

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 13.10.2014 ■

Bayernkaserne: Eine Welle der Hilfsbereitschaft

Mit einer beispiellosen Welle der Hilfsbereitschaft haben viele Menschen auf die skandalösen Zustände der Flüchtlinge in der Bayernkaserne reagiert. Solidaritätsbekundungen statt Widerstand hat Günther Bauer von der Inneren Mission München in den letzten Tagen vermehrt festgestellt.

Die katastrophale Situation der Flüchtlinge in der Münchener Bayernkaserne hat in der Bevölkerung eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. „Es gibt zahllose Unterstützungsangebote und viele Spenden. In diesem Umfang habe ich das noch nicht erlebt", sagte der Vorstand der Inneren Mission München, Günther Bauer. Die Innere Mission ist in der überfüllten Erstaufnahmeeinrichtung federführend für die Asylsozialberatung verantwortlich.

Auch habe es in der Nachbarschaft in den vergangenen Wochen so gut wie keinen Widerstand gegeben, sondern Solidaritätsbekundungen für die Flüchtlinge, sagte Bauer. Der Vorstand des diakonischen Hilfswerks rief die Menschen vor allem zu weiteren Geldspenden auf. Diese könnten in Form von Gutscheinen oder MVV-Tickets schnell an die Betroffenen weitergeleitet werden. Die Verteilung von Sachspenden sei dagegen immer mit einem großen Personalaufwand verbunden.

Derzeit ist die Innere Mission München in der Bayernkaserne mit zwölf Vollzeitstellen vertreten. „Bis zum Jahresende wollen wir die Unterstützung auf 18 Sozialpädagogen ausbauen", kündigte Bauer an. Die Berater sind im Moment für rund 2.500 erwachsene Flüchtlinge verantwortlich. Seit der vergangenen Woche ist die Münchner Erstaufnahmeeinrichtung wegen Überfüllung geschlossen.

Lob für die Flüchtlinge, Kritik an der bayrischen Staatsregierung

Zugleich lobte der Vorstand der Inneren Mission die Flüchtlinge. Diese seien trotz der angespannten Verhältnisse sehr diszipliniert. Eine Eskalation der Situation drohe aus seiner Sicht nicht.

Der bayerischen Staatsregierung warf Bauer vor, das Problem monatelang ignoriert zu haben.

„Die Situation war vor einem Jahr vor allem bei den unbegleiteten Minderjährigen schon einmal ähnlich, dennoch hat die Staatsregierung nicht gehandelt", kritisierte er. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof trage eine Mitschuld: „Vor Jahren standen nach den Jugoslawien-Kriegen viele Flüchtlingsunterkünfte leer. Das wurde gleich als Verschwendung von Steuergeld gebrandmarkt. Man hat die Objekte dann abgestoßen und bräuchte sie jetzt dringend." Nun sei eine „große Lösung" notwendig. Sowohl der Bund als auch der Freistaat müssten möglichst bald Liegenschaften zur Verfügung stellen.

Der bevorstehende Winter macht Bauer allerdings keine Sorgen. „Bei Temperaturen um den Gefrierpunkt wird niemand draußen schlafen müssen", betonte er. Zum einen sollten die Flüchtlinge möglichst bald auf andere Unterkünfte verteilt werden „und außerdem gibt es ja notfalls sehr viele hilfsbereite Menschen". (epd/mig)

Quelle: http://www.migazin.de 22.10.2014 ■

Abschiebungen verhindert

Hannoveraner_innen und Hildesheimer_innen verhindern wiederholt Abschiebung

Am Morgen des 13.10. war eine Gruppe von ca. 65 Aktivist_innen zum zweiten Mal erfolgreich bei der Verhinderung einer Abschiebung im Rahmen des Dublinverfahrens. Der traumatisierte Herr H. hätte aus Burgdorf in der Region Hannover nach Italien in die Perspektivlosigkeit abgeschoben werden sollen. Dort würde ihm ein Leben auf der Straße ohne Sozialleistungen drohen.

Die Aktion verdeutlicht beispielhaft, dass Flüchtlinge in Niedersachsen auf die Solidarität ihrer Freund_innen und Nachbar_innen gegen die unmenschliche europäische Politik der Abschiebung von Verantwortung in die Randstaaten Europas rechnen können. In Osnabrück fanden schon 14 Verhinderungen solcher Abschiebungen statt und auch in anderen Städten und Landkreisen Niedersachsens wird immer öfter gegen Dublinabschiebungen protestiert.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 13.10.2014 ■

Private Zuweisung von Flüchtlingen problematisch

Aufrufe aus der Politik, Flüchtlinge in der eigenen privaten Wohnung als MitbewohnerInnen aufzunehmen, bewertet der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein als problematisch:

„Hier bestehen für die betroffenen Flüchtlinge ggf. nicht allein Risiken in Zwangs- oder Missbrauchslagen zu geraten. Darüber hinaus gilt es u.E. zu bedenken, dass Flüchtlinge allzu oft nicht nur durch Fluchtgründe traumatisiert sind und darüber hinaus i.d.R. eine langwierige Fluchtodyssee hinter sich haben, die mit allen möglichen dramatischen und psychisch belastetenden Szenarien einhergegangen ist.

Diese entwurzelten Menschen benötigen ganz besonders einen Ort, an dem sie sich angekommen, in ihrer Privatsphäre geschützt fühlen und – nach Möglichkeit mit Unterstützung öffentlicher Stellen und der Zivilgesellschaft – ein eigenständiges Leben beginnen können.

Vor diesem Hintergrund haben wir den Aufruf des schleswig-holsteinischen Innenministers Stefan Studt auch nicht so verstanden – wie jüngst in der Presse und in Stellungnahmen aus der Politik verlautet – dass Bürgerinnen und Bürger aufgefordert sind, ihre von ihnen bewohnten Wohnungen für Flüchtlinge zu öffnen.

Zielführend ist der Aufruf allenfalls so zu verstehen, dass Personen, die als EigentümerInnen oder in Kenntnis von freien und ggf. für Flüchtlinge verfügbaren Wohnungen Dritter diese an die Zuständigen in den Kommunen und Gemeindeverwaltungen melden. Daraufhin könnten Verwaltungen, die bis dato nicht über diesen Leerstand informiert waren, den Kontakt mit den EigentümerInnen aufnehmen und bei Eignung der Wohnungen ggf. in der Folge Flüchtlinge an diese Adressen zuweisen." *gez. Martin Link*

Quelle: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein 15.10.2014 ■

Foto:

Köln. Vom 13. bis 26. Oktober 2014 fand europaweit unter der Überschrift „Mos Maiorom" mit 18 000 Polizisten eine Polizeioperation gegen fremd aussehende Menschen statt, um sogenannte „illegale Ausländer" ohne Papiere mittels „racial profiling" aufzuspüren. Dazu ‚Kein Mensch ist illegal': „Während sich weltweit die Fluchtsituation dramatisch zuspitzt, verschließt Europa seine Grenzen und macht Jagd auf Menschen, die diesen Kriegen und Krisen entkommen konnten. Das ist zynisch und menschenverachtend." Während die meisten Menschen bei uns Flüchtlingen helfen möchten und ihnen vielerorts eine Willkommenskultur bieten, bedeutet deutsche Realpolitik für Flüchtlinge Ausgrenzung. Hier die Protestaktion gegen „Mos Maiorum" am 17.10. in Köln.

Abkehr vom Abschreckungsregime ist überfällig

Berlin. „Lediglich die Kosten des bestehenden Aufnahmesystems für Asylsuchende zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu verteilen, reicht nicht aus. Erforderlich ist ein neues Aufnahmekonzept, das auf frühzeitige Integration statt auf Abschreckung setzt", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum sogenannten Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt. Jelpke weiter: „Die Unterbringung in Sammellagern, der Ausschluss von den regulären Systemen der sozialen Sicherung, Arbeitsverbote und Residenzpflicht – all diese Restriktionen gegen Asylsuchende stammen aus dem Instrumentenkasten einer Politik, die auf Abschreckung von Flüchtlingen setzt. Es geht jetzt nicht darum, diese Politik zu modifizieren, sondern einen kompletten Neustart in der Flüchtlingspolitik durchzuführen. Dazu gehören die Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die Abschaffung aller Einschränkungen beim Zugang zu Arbeit und Ausbildung, der Vorrang dezentraler Unterbringung in Wohnungen, eine flexiblere und effektivere Verteilung der Asylsuchenden auf die Kommunen, die Beschleunigung der Asylverfahren durch mehr Personal und zügige Anerkennungen bei offensichtlichem Schutzbedürfnis. Schnellere Abschiebungen, wie sie aus dem Bundesinnenministerium gefordert werden, sind hingegen ein untaugliches und inhumanes Mittel einer gescheiterten Politik."

Ulla Jelpke, MdB, 23.10.2014 ■

Anerkennung syrischer Flüchtlinge beschleunigen

„Bund und Länder müssen ihr Hauptaugenmerk darauf richten, Flüchtlingen schnell einen sicheren Aufenthalt zu bieten. Mit überstürzten Gesetzesverschärfungen zur vermeintlichen Terroristenabwehr ist niemandem geholfen", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zur Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern. Jelpke weiter:

„Eine Beschleunigung der Asylverfahren ist längst überfällig, die rechtlichen Möglichkeiten dazu bestehen bereits. Das Asyl-Bundesamt kann auf eine persönliche Anhörung von Antragstellern, deren Schutzbedürfnis offensichtlich ist, verzichten und das Anerkennungsverfahren schriftlich durchführen. Angesichts dessen kann man nur den Kopf darüber schütteln, dass die durchschnittliche Verfahrensdauer bei syrischen Asylsuchenden zuletzt bei 4,7 Monaten lag. In diesen Monaten unterliegen sie den Restriktionen von Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitsverbot und Residenzpflicht. Schon deshalb sollte von den Möglichkeiten einer beschleunigten Flüchtlingsanerkennung umfassend Gebrauch gemacht werden.

Unausgegorene Vorschläge zur Verhinderung der Ausreise von Djihadisten helfen hingegen nicht weiter. Offenbar muss man die Innenminister der Länder an die bestehenden Möglichkeiten erinnern, eine Ausreise durch Passentzug und Anordnungen zur Ausreisesperre beim Personalausweis zu verhindern. Auch hier liegen die Probleme nicht im geltenden Recht, sondern bei dessen Anwendung. Für Gesetzesverschärfungen besteht damit kein Grund.

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 17.10.2014 ■

Melilla: Totprügeln am EU-Zaun – Film

Seit Anfang August 2014 erreichen uns Filmaufnahmen und Berichte vom EU-Zaun Melilla, die tödliche Steinwürfe durch marokkanische Paramilitärs und Totprügeln durch die Guardia Civil dokumentieren. Die schwerverletzten und toten Flüchtlinge, die auf spanischer Seite des EU-Zauns liegen, werden nicht in spanische Krankenhäuser gebracht, sondern durch Türen des EU-Zauns auf die marokkanische Seite verschleppt. Dort verschwinden ihre Spuren.

Am 15.10.2014 kletterte eine Gruppe auf den 6 Meter hohen EU-Zaun. Die Zaunkletterer wurden von knüppelnden Guardia Civiles heruntergeholt und am Boden weiter zusammengeschlagen. Danny, ein 24-Jähriger aus Kamerun, der zum wiederholten Mal versucht hatte, über den EU-Zaun nach Europa zu flüchten, wurde dabei am 15.10.2014 möglicherweise zu Tode geprügelt – wir erhalten im Moment widersprüchliche Meldungen dazu aus Marokko. – Das Steinigen und Totprügeln spielt sich in der Öffentlichkeit ab. Hunderte Menschen, die in der Nähe wohnen, beobachtende MenschenrechtlicherInnen sowie die Zaunkletterer, die noch oben auf dem EU-Zaun sitzen, werden zu Zeugen der mörderi-

schen Abschottung der EU. Journalisten werden auf spanischer Seite vom EU-Zaun ferngehalten und bei Zuwiderhandeln mit Geldstrafen belegt. Seit Sommer 2014 fordern die Flüchtlinge und MigrantInnen vor Melilla und Ceuta ein Eingreifen der UNO und der Welt, die über Medien von diesen staatlichen Verbrechen informiert werden.

Unter dem folgenden Link kann das dokumentierende kurze Video, das heute in Melilla von der Menschenrechtsorganisation Prodein ins Netz gestellt wurde, angesehen werden:
http://ffm-online.site36.net/melilla-tot-pruegeln-am-eu-zaun-film/

Quelle: Watch The Med / Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V., 16.10.2014 ■

Solidarität verkommt zur hohlen Phrase: Europäische Flüchtlingspolitik

Beim Treffen des EU-Innenministerrats am 9. Oktober diskutieren die europäischen Innenministerinnen und -minister über einen neuen Vorschlag zur europäischen Flüchtlingspolitik. Das von der italienischen Ratspräsidentschaft vorgelegte Papier „Taking action to better manage migratory flows" geht zurück auf eine Forderung von Bundesinnenminister Thomas de Maizière und einigen seiner Kollegen. Ska Keller, Vizepräsidentin und migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europäischen Parlament, kommentiert:

„Solidarität verkommt in der europäischen Flüchtlingspolitik zur hohlen Phrase. Statt Italien bei der Aufnahme von europäischen Flüchtlingen endlich zu unterstützen, bürden die europäischen Innenministerinnen und -minister Italien die Verantwortung alleine auf. An der Dublin-Verordnung wollen sie nicht rütteln. Im Gegenteil: Bundesinnenminister Thomas de Maizière und seine Kollegen fordern von Italien, keine Flüchtlinge mehr nach Deutschland oder in ein anderes EU-Land durch zu lassen.

Italien soll künftig konsequent von allen Flüchtlingen die Fingerabdrücke nehmen und diejenigen einsperren, die das nicht mitmachen. Es soll Flüchtlinge wie Verbrecher behandeln, damit weniger Schutzsuchende nach Deutschland oder Frankreich gelangen. Das ist das Gegenteil von Solidarität. Das ist menschenverachtend.

Wir brauchen in Europa endlich ein solidarisches System für Schutzsuchende. In Italien sind alleine im ersten Halbjahr 2014 mehr als 100 000 Flüchtlinge angekommen. Die Unterkünfte und Lager sind überfüllt, die Asylbehörden überfordert. Es ist Augenwischerei, wenn die Innenministerinnen und -minister auf die Souveränitätsklausel in der Dublin-Verordnung verweisen. Sie ermöglicht es den Mitgliedsstaaten, Schutzsuchende nicht in das EU-Land zurückzuschicken, über welches sie in die EU eingereist sind. Aber dass Mitgliedsländer freiwillig darauf verzichten, Flüchtlinge nach Italien zurückzuschicken, müssen sie erst noch beweisen."

Quelle: Pressemitteilung franziska.keller@europarl.europa.eu – Brüssel, 9.10.2014 ■

Neues aus dem Bundestag: Antrag zur Aufhebung des AsylbLG

Anlässlich der bevorstehenden Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes durch die Bundesregierung fordert DIE LINKE erneut eine Aufhebung dieses diskriminierenden Sondergesetzes und eine Integration der Schutzsuchenden in die allgemeinen sozialen Sicherungssysteme und Gesundheitsversorgung. Zugleich sollen Asylsuchende und Geduldete vollen Zugang zum Arbeitsmarkt und Integrationsmaßnahmen erhalten, damit sie möglichst schnell auf eigenen Füßen stehen können. Natürlich müssen auch die weiteren Elemente einer menschenrechtswidrigen Abschreckungspolitik aufgegeben werden, Stichworte: Zwangsverteilung, Lagerunterbringung, Residenzpflicht. Ein Paradigmenwechsel ist erforderlich, nicht zuletzt angesichts aktuell sehr hoher Schutzquoten: Weg von diskriminierenden Sondergesetzen, hin zu einer möglichst schnellen Integration von Schutzsuchenden.

In ihrem Antrag kritisierte DIE LINKE auch, dass das Urteil des BVerfG zum AsylbLG in wichtigen Punkt unzureichend umgesetzt wird, etwa, dass auch künftig erhebliche Einschränkungen des menschenwürdigen Existenzminimums aus migrationspolitischen Gründen möglich und Praxis sein werden.

Zur Erinnerung: Zum AsylbLG wird es am 3.11.2014 eine Sachverständigen-Anhörung im Bundestags-Ausschuss für Arbeit und Soziales geben. Allerdings wird die von den Regierungsfraktionen vorgegebene Zeit von nur einer Stunde nicht ausreichen, um die umfangreichen verfassungsrechtlichen, politischen und praktischen Fragen des sozialrechtlichen Umgangs mit Schutzsuchenden vor dem Hintergrund der konkret geplanten Änderungen durch den GE der Koalition angemessen bewerten zu können.

Dass das Gesetz nur zwei bzw. drei Tage später bereits beschlossen werden soll, spricht auch nicht gerade dafür, dass die Koalition noch irgendwelche Schlussfolgerungen aus der Sachverständigen-Anhörung ziehen will. Die Arroganz der Macht dieser Großen Koalition setzt sich im parlamentarischen Verfahren immer stärker durch. Sachverständigen-Anhörungen sind ein Minderheitenrecht der Opposition, sie sollen aber auch den Regierungs-Fraktionen die Möglichkeit geben, ihre Gesetzesvorhaben anhand sachverständiger Kritik kritisch zu überprüfen. So die Idee. In der Praxis werden Anhörungen regierungsseitig immer öfter nur noch als lästige parlamentarische Verfahrensverzögerung angesehen.

Quelle: Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, 16.10.2014 ■

Flüchtlingsrat Berlin: Abschaffung des AsylbLG

Der Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales führt am Montag 3.11.2014 eine Öffentliche ExpertInnenanhörung zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung, der LINKEN und der Grünen zur Novellierung bzw. Abschaffung des AsylbLG durch.

Der Flüchtlingsrat Berlin hat dazu eine ausführliche Stellungnahme zur Anhörung vorgelegt:
www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/asylblg/Classen_AsylbLG_2014_AS-Ausschuss.pdf

Unsere Forderungen:

- Abschaffung des AsylbLG und Einbeziehung aller Leistungsberechtigten ins SGB II und SGB XII
- Abschaffung des Sachleistungsprinzips bei Unterkunft und Regelbedarf, Zugang zu regulärem Wohnraum sichern
- Abschaffung der migrationspolitisch begründeten Leistungskürzungen und -ausschlüsse (§ 1a AsylbLG, § 23 SGB XII, § 7 Abs. 1 SGB II)
- Einbeziehung aller Leistungsberechtigten in die Gesetzliche Pflichtkrankenversicherung (Pflichtversicherung nach § 5 Abs. 1 SGB V, hilfsweise Abrechnung über Versichertenkarte nach § 264 Abs. 2 SGB V, volle leistungsrechtliche Gleichstellung in der GKV)
- Abschaffung des Arbeitsverbotes, der Zwangsverteilung und der Residenzpflicht

Quelle: Flüchtlingsrat Berlin 21.10.2014 ■

Protest Camp-Hannover: Der Winter wird gehen, der Frühling wird kommen

Erklärung der Geflüchteten vom Weißekreuzplatz Hannover:

Wir wurden darin gestoppt, unsere Vorbereitungen für den Winter zu treffen. Gleichzeitig wurden wir darüber informiert, dass, falls wir unsere Vorbereitungen für den Winter weiterführen, wir in die Gefahr der Räumung des Camps laufen. Nun stehen wir vor dem Risiko, den Winter ohne Schutz vor den kalten Temperaturen überstehen zu müssen.

weiter Seite 14

Europas Schande: „Triton“ und „Mare Nostrum“ im Vergleich

Die Operation „Mare Nostrum“ hat in nur einem Jahr 130000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet. Nun ist Schluss damit. Ab November soll die Rettung im Mittelmeer durch die EU-Operation Triton erfolgen. Die Analyse der Frontex-Pläne durch Pro Asyl zeigt: Auf die italienische Großtat folgt nun Europas Schande.

Durch die italienische Operation Mare Nostrum konnten seit Oktober 2013 bereits über 130 000 Flüchtlinge im zentralen Mittelmeer gerettet werden. Trotzdem starben seit Jahresbeginn mehr als 3000 Menschen bei dem Versuch Europa zu erreichen. 2500 Menschen waren es alleine in den letzten vier Monaten. Den dramatischen Todeszahlen zum Trotz wird die Rettungsoperation nicht ausgeweitet, sondern eingestellt. Der italienische Innenminister, Angelino Alfano, erklärte letzte Woche erneut, dass die italienische Regierung die Seenotrettungsoperation Ende Oktober beendet. Die europäischen Regierungen hatten sich strikt geweigert, Mittel zur Verfügung zu stellen, um Mare Nostrum in eine europäische Seenotrettung zu überführen und Italien finanziell zu entlasten.

Nun soll eine Operation der EU-Grenzschutzagentur Frontex mit Namen Triton, zeitweise auch Frontex Plus genannt, als Ersatz eingesetzt werden. Dies hatte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström dem italienischen Innenminister Alfano am 27. August zugesichert. Die aktuell diskutierten Pläne lassen das Schlimmste befürchten: Statt mehr Seenotrettung droht ein starker Fokus auf Grenzkontrolle und Abwehr. Frontex-Interimsdirektor Gil Arias bestätigte bereits bei seiner Präsentation der neuen Operation vor dem Europaparlament am 4. September 2014: „Weder die Mission, noch die Ressourcen erlauben ein Ersetzen“. Dies bestätigt auch der folgende Vergleich der beiden Operationen, der unter anderem auf internen EU-Dokumenten beruht.

Finanzielle Ausstattung:

Die Finanzierung der Operation Triton wird deutlich unter den für die italienische Operation verausgabten Mitteln liegen. Nach Angaben von Frontex sollen sich die Kosten auf rund 2,8 Millionen Euro monatlich belaufen. Mare Nostrum hatte ein monatliches Budget von ca. 9 Millionen Euro.

Technische Ressourcen:

Schiffe, Hubschrauber, Personal und Technik für Mare Nostrum wurden von der italienischen Marine und Küstenwache gestellt. Frontex hat jedoch kein eigenes Gerät und hat daher die EU-Mitgliedsstaaten gebeten dieses zur Verfügung zu stellen. Auch hier bahnt sich ein Desaster an: Nur wenige Tage vor Start der Operation erklärte Frontex, dass die bisherigen Zusagen nicht ausreichen und die fehlende technische Ausstattung den Erfolg der Operation gefährdet. Ein Detail am Rande: Deutschland will sich offenbar mit Personal und Hubschraubern beteiligen. Nachdem jedoch der Großteil der deutschen Marinehubschrauber aufgrund technischer Probleme nicht einsatzfähig ist, stellt sich die Frage woher diese stammen sollen.

Einsatzgebiet:

Während Mare Nostrum bis in die libyschen Gewässer Rettungsaktionen vornahm, soll Triton nur die leicht angepassten Einsatzgebiete der Operationen Hermes und Aeneas nahe der italienischen Küste abdecken: im Fokus stehen hier die Pelagischen Inseln, die Gewässer entlang der südöstlichen Küste Siziliens, sowie nahe Apuliens und Kalabriens, wo Teile der Ionischen See und der Adria abgedeckt werden. Triton wird in der Regel nur bis etwa 30 Seemeilen vor der italienischen Küste und vor Lampedusa patrouillieren. Mare Nostrum ist demgegenüber in der Vergangenheit bis nahe an die libysche Küste herangefahren, die knapp 160 Seemeilen von Lampedusa entfernt ist. Das Rettungsgebiet wird also drastisch verkleinert: Noch mehr Tote sind die absehbare Folge.

Operationsziel:

Mare Nostrum ist vorrangig eine Seenotrettungsoperation. Die Rettung von Flüchtlingen ist bei Triton nur noch ein Nebeneffekt. Die Bundesregierung drückt dies so aus: Triton sei eine Operation zum Schutz und zur Überwachung der Außengrenzen die auch „Kapazitäten zur Seenotrettung“ hat. Deutlicher ist dort Frontex selbst: Laut Interimsdirektor Gil Arias bestehe ein „fundamentaler Unterschied“ zwischen Triton und Mare Nostrum. Während letztere eine „Such- und Rettungsoperation“ sei, fokussiere Triton auf „Grenzkontrollen“.

Leben retten – Flüchtlinge solidarisch aufnehmen

Eine zivile europäische Seenotrettung muss dringend aufgebaut werden. PRO ASYL appelliert daher in einer aktuell laufenden Mail-Aktion an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, sich für eine europäische Seenotrettung einzusetzen. Das Parlament muss sofort die dafür benötigten finanziellen Mittel bereitstellen. Bis dieses Vorhaben umgesetzt wird, muss Mare Nostrum weitergeführt, verstärkt und vor allem von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten voll finanziert werden. Das Mittelmeer ist nicht nur unser gemeinsames Meer, sondern die Rettungsaktion von Bootsflüchtlingen ist eine gesamteuropäische Aufgabe.

Protest in Köln am 17.10.

Begleitend zu einer umfangreichen Seenotrettungsoperation ist ein innereuropäischer Solidarmechanismus notwendig. Flüchtlinge, die zum Beispiel in Italien, Malta oder Griechenland ankommen, müssen die Möglichkeit erhalten, in andere EU-Mitgliedstaaten legal weiterzureisen. Insbesondere in Fällen, in denen Familienbindungen oder Community-Netzwerke in bestimmten Ländern bestehen, muss dies ermöglicht werden. Es wäre ein Akt der Menschlichkeit, aber auch ein Beitrag zu mehr Solidarität zwischen den EU- Mitgliedstaaten. Das Sterben an den EU-Außengrenzen kann letztlich nur durch die Öffnung legaler und gefahrenfreier Wege für Schutzsuchende beendet werden. Mit der Frontex-Operation Triton hält die EU für einmal mehr an ihrer Strategie der Abwehr fest – auf Kosten von Menschenleben.

http://www.proasyl.de 17.10.2014 ■

Wir, die Geflüchteten vom Weißekreuzplatz Hannover, geben Folgendes bekannt: Wir schätzen die Haltung der Leitung der Polizei dem Camp in dieser kritischen Saison gegenüber.

Es ist uns sehr klar, dass es Kreise in Hannover gibt, die versuchen, unserem Camp gegenüber Druck aufzubauen, um die Atmosphäre zu verderben und uns Geflüchtete in einen Konflikt mit der Polizei zu treiben, um dieses Camp zu beenden und zu entfernen.

Dieser Druck endet damit, uns in eine Ecke mit drei Optionen zu drängen: entweder wir können uns weiter auf den Winter vorbereiten und uns somit auf einen Konflikt mit der Polizei einstellen, wir können unser Camp selbst beenden und wieder in unsere Lager zurückkehren, oder wir werden den Winter ohne Schutz vor der Kälte an unserem Camp überstehen.

In diesem Fall möchten wir noch einmal an unsere politische Strategie erinnern: Nein zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, Ja zur Offenheit und Zusammenarbeit. Wir verurteilen diese Handlungen, die suggerieren, dass Geflüchtete in dieser Stadt nicht willkommen sind. Und wir stellen uns selbst die Frage, wer dafür verantwortlich ist?

Ist es die Position der Landesregierung in Niedersachsen?

Wurde dies von Politikerinnen und Politikern von der SPD, den Grünen oder der CDU in die Wege geleitet?

Ist es die Position des Bürgermeisters von Hannover und der Stadtverwaltung?

Hat es etwas mit wirtschaftlich einflussreichen Geschäftspersonen zu tun?

Passiert es, weil sich Anwohnerinnen und Anwohner des Weißekreuzplatzes beschwerten? Ist dies die Einstellung der Zivilgesellschaft in Hannover?

Uns ist unsere Position bewusst und wir werden nicht in eine Auseinandersetzung mit der Polizei gehen. Wir werden dem Winter ohne jeglichen Schutz entgegen treten und weiter für unsere Rechte protestieren. Der Winter wird gehen, der Frühling wird kommen.

Wir werden Briefe an alle oben genannten Amtsträgerinnen und Amtsträger senden, um sie zu bitten, ihre Haltung zu diesem Problem zu klären.

Die Fragen der Menschenrechte, Würde und Freiheit haben nichts mit Sommer oder Winter zu tun. Statt Lösungen für diese klaren Fälle der Diskriminierungen zu finden, sagt Hannover uns: „Ihr seid hier nicht willkommen." Und nicht nur das, Hannover sagt: „Dafür seid ihr herzlich eingeladen, diesen Winter am Weißekreuzplatz zu sterben!"

Wir sind hier und wir werden kämpfen. Unser Recht. Genau hier. Genau jetzt.

Die Geflüchteten vom Weißekreuzplatz Hannover, Quelle: PM Refugees Protest Camp-Hannover 16.10.2014 ■

PRO ASYL lehnt EU-Quotenverteilung von Flüchtlingen ab

Flüchtlinge müssen europaweit zu Verwandten und Communities dürfen

Sowohl bei dem Treffen der EU-Innenminister als auch durch verschiedene Politiker in Deutschland, wie auch durch eine aktuelle Studie des Auswärtigen Amtes, wird eine Verteilung von Asylsuchenden nach Quoten in Europa ins Gespräch gebracht. PRO ASYL lehnt eine starre Quotenregelung ab. Das gescheiterte Dublin-System würde nur durch eine noch monströsere EU-Bürokratie ersetzt, die Flüchtlinge weiterhin europaweit umherschiebt, befürchtet Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. „Flüchtlinge sollten dort leben dürfen, wo ihre Angehörige und Communities sind. Dies hilft den Flüchtlingen, entlastet bei der Unterbringung und fördert die Integration." Solange innerhalb der EU nicht gleiche Schutzstandards und Aufnahmebedingungen herrschen, kann weder das Dublin-System noch eine Verteilung nach Quoten funktionieren. Warum sollten Asylsuchende in EU-Staaten gehen, wo ihre Anerkennungschancen gering sind oder sie auf der Straße leben müssen?

Flüchtlinge suchen vor allem Zuflucht in Ländern, in denen ihre Communities leben. In Deutschland werden daher auch in Zukunft mehr Flüchtlinge als in anderen EU-Staaten ankommen. Dies liegt unter anderem daran, dass relativ viele Staatsangehörige aus den Bürgerkriegsländern Irak, Afghanistan und Syrien bereits dauerhaft hier leben. Eurostat-Daten belegen, dass aus allen drei Ländern Ende 2013 europaweit die meisten Menschen mit einer Aufenthaltserlaubnis in Deutschland lebten.

Bereits jetzt gehen Flüchtlinge oft nicht in das Land, welches die EU-Bürokratie für sie vorsieht. Auch die Sprache spielt dabei eine Rolle. So stellen Flüchtlinge aus dem Kongo meistens Asylanträge in Belgien oder Frankreich. Nach der geltenden Dublin-Regelung müssen Asylsuchende jedoch im Ersteinreiseland verbleiben – unter oft katastrophalen Lebensbedingungen. Die Folge: Zehntausende Flüchtlinge, die immer wieder wie Stückgut zwischen den EU-Staaten hin- und hergeschoben werden. Eine Quotenregelung würde dieses Problem nicht lösen.

PRO ASYL tritt deshalb gemeinsam mit dem Deutschen Anwaltsverein, der Neuen Richtervereinigung, der Diakonie, der Arbeiterwohlfahrt, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband für das sogenannte „Free Choice Modell" ein. Dieses sieht vor, dass Flüchtlinge in dem Land ihrer Wahl einen Asylantrag stellen können. Dieses Modell ist im Interesse der Schutzsuchenden und fördert die Integration. So unterstützen Communities die neu Ankommenden bei der Suche nach einem Arbeitsplatz und einer Wohnung. Etwaige Ungleichgewichte, die im Rahmen dieses Modells entstehen, könnten durch Finanztransfers ausgeglichen werden. *Presseerklärung PRO ASYL 15.10.2014* ■

Es wird auch in Zukunft Kirchenasyl geben

Der Streit um das Kirchenasyl geht in eine neue Runde. BAMF-Präsident Manfred Schmidt hatte zuletzt Kritik am Kirchenasyl geäußert. Jetzt meldet sich die Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl zu Wort: „Flüchtlingshilfe gehört zum christlichen Grundverständnis".

Kirchliche Flüchtlingsexperten haben die Kritik des Präsidenten des Migrations-Bundesamtes, Manfred Schmidt, an der Kirchenasylpraxis zurückgewiesen. Jede Gemeinde überlege „gut und sorgfältig", wenn sie sich für ein Kirchenasyl entscheide, sagte die Vorsitzende der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche, Dietlind Jochims in Hamburg. Sie zeigte sich zugleich bereit zu Gesprächen mit dem Bundesamt.

So lange Menschen nicht in allen EU-Ländern nach gleichen Standards behandelt würden, müssten die Betroffenen vor Abschiebung, menschenunwürdigen Umständen und Lebensgefahr geschützt werden, sagte Jochims: „Eine Möglichkeit des Schutzes ist das Kirchenasyl." Dabei gehe es immer um konkrete Menschen, Situationen und Bedrohungen. Kirchenasyl sei „keinesfalls abstrakte Systemkritik", sondern erinnere an die menschenrechtlichen Standards, zu denen sich Deutschland verpflichtet habe....

Nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft gibt es in Deutschland zurzeit 181 Kirchenasyle mit mindestens 338 Personen. Die Zahl war in den vergangenen Monaten deutlich gestiegen. Jochims sagte, immer mehr Menschen in Deutschland nähmen die Not von Flüchtlingen wahr und engagierten sich: „Kirchen und Kirchengemeinden spielen dabei eine wichtige Rolle."

Kein Verständnis zeigte Jochims für Schmidts Ankündigung, die in der Dublin-Verordnung festgelegte Verlängerung der Überstellungsfrist ins Einreiseland von sechs auf 18 Monate für „flüchtige" Personen auch auf Menschen im Kirchenasyl anzuwenden. „Wir glauben nicht, dass mit der Verlängerung von Fristen irgendjemandem gedient wäre", sagte die Flüchtlingsexpertin. Es werde auch in Zukunft Kirchenasyle geben, denn es gehöre zum christlichen Grundverständnis, „dass in Kirchen Menschen in Not Obhut und Schutz finden können".

Quelle: http://www.migazin.de 21.10.2014 ■

Emil Carlebach zum 100. Geburtstag

Im Vorwort zu dieser im Pahl-Rugenstein neu erschienenen Broschüre schreibt die Enkelin Lena Sarah Carlebach im Vorwort: „Ich muss 13 gewesen sein, als ich das erste Mal ein Buch meines Großvaters las... Was mich

schon damals fesselte, war die Überzeugung. Die Überzeugung, die vielen Menschen die Kraft gab, Widerstand zu leisten, ihre Augen nicht zu verschließen, auch wenn es oft leichter gewesen wäre. Es gibt etliche Facetten, die das Leben meines Großvaters ausgemacht haben.
Emil als Junge und Jugendlicher... als junger Antifaschist im Gefängnis in Hameln... als überzeugter Kommunist, als Häftling im Konzentrationslager Buchenwald...
Mein Großvater wäre in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden. Es gilt an sein Leben zu erinnern und nicht zu vergessen, wofür er und viele andere mutige Menschen gekämpft haben.... Lasst nicht nach in Eurer Wachsamkeit! mahnte mein Großvater vor beinahe 20 Jahren in Buchenwald. Denn noch immer steht und stand nicht jeder Schuldige vor den Richtern der Völker, noch immer sind wir von der Welt des Friedens und der Freiheit weit entfernt.“

Herausgeber: Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V.

Erschienen im Pahl-Rugenstein-Verlag Nachfolger ISBN 978-3-89144-468-9, verlag@pahl-rugenstein.eu

Tagung „‚Alle Menschen werden Schwestern und Brüder‘? – Zusammenhalt in Zeiten des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“

Die Ergebnisse der EU-Wahlen im Mai 2014 haben gezeigt, dass es viele Kräfte innerhalb der Europäischen Union gibt, die das größte Friedensprojekt Europas zerstören oder zumindest ins Wanken bringen möchten. Zusammenhalt und Gleichbehandlung verlieren an Bedeutung, Grenzen und Nationalismus haben Zulauf.

Auch in Deutschland werden Zusammenhalt und Gleichbehandlung immer öfter hinterfragt. Ängste und Vorurteile haben Konjunktur, Rassismus und Wohlstandschauvinismus erleben eine Renaissance. Der Solidaritätsgedanke verliert an Bedeutung.

Unsere Tagung beschäftigt sich mit den Gefahren, die von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus für den Zusammenhalt der Gesellschaft in Deutschland ausgehen. Im Mittelpunkt stehen drei Fragen:

a.. Warum gewinnen rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien an Popularität?

b.. Welche Konsequenzen hat der Erfolg von rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien auf den Zusammenhalt der Gesellschaft?

c.. Welche Handlungsmöglichkeiten zur Schwächung des Einflusses rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien sind notwendig?

Unsere Tagung soll Antworten zu diesen Fragen finden und zeigen, wie die neuen Herausforderungen bewältigt werden können.

Die Zahl der TeilnehmerInnen ist begrenzt, daher bitten wir um rechtzeitige Anmeldung. Zusagen erteilen wir in der Reihenfolge der Anmeldungen.

Anmeldung: Mach’ meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbe-handlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
E-Mail: info@gelbehand.de

Konferenz & Konzert

Neue Generationen
Neue Medien
Altes Thema?!

Neuverhandlungen des Holocaust

Während die ‚vierte Generation‘ sich fragt, ob sie Ur-Opas Verhalten im Dritten Reich wirklich noch etwas angeht, erscheinen regelmäßig Beiträge, Internet-Videos, Facebook-Seiten, die Erinnern und Gedenken unter ganz neuen Perspektiven verhandeln.

Die Konferenz fragt nach der Präsenz des Holocaust-Gedenkens in unserer Gesellschaft und stellt aktuelle Thesen verschiedener Forschungsdisziplinen zur Debatte.

Programm und weitere Infos: www.muenster.vvn-bda.de und bei Facebook

Sonntag, 09.11.2014
Konferenzbeginn 12 Uhr

Bennohaus Münster
Veranstalter: VVN-BdA

Mit Unterstützung von: RSL NRW / FIM / GS PoL der WWU Münster

V.i.S.d.P. VVN-Bda Münster, c/o Ev. Studierendengemeinde, Breul 43, 48143 Münster

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Zustände wie im 30jährigen Krieg?

Junge Freiheit Nr. 43/14 vom 17. Oktober 2014

Die gewalttätigen Angriffe salafistischer Jugendlicher auf Kurdinnen und Kurden, die ihre Solidarität mit dem kurdischen Widerstand in Kobane demonstrierten, bewegt das Blatt zu der kühnen Behauptung, „wie im dreißigjährigen Krieg sind wir wieder das Schlachtfeld für die Kämpfe anderer." Grund dafür sei „das schiere gewaltfähige Massenpotential, das sich aus der ungesteuerten, zumeist muslimischen Zuwanderung der letzten Jahrzehnte ergibt."

Nun waren die deutschen Länder am 30jährigen Krieg alles andere als unbeteiligt – die Truppen der katholischen Liga haben den ersten Teil dieses Krieges erheblich mit bestritten. Und das schiere gewaltfähige Potenzial zeigte sich jüngst am 26. Oktober in Köln – in einer Hooligan-Demonstration, die sich angeblich gegen Salafisten richtete, in Wirklichkeit aber eine ausländerfeindliche, von extrem Rechten angeführte rassistische Aktion war. Muslime waren nicht unter den Demonstranten.

Die AfD – Einfluss der ostdeutschen Landesverbände

Junge Freiheit Nr. 43/14 vom 17. Oktober 2014

Der Fraktionsvorsitzende der AfD in Thüringen, der 42jährige Björn Höcke, lässt sich im Blatt interviewen und erklärt auf die Frage „Sehen Sie sich mit Alexander Gauland und Frauke Petry als rechte Phalanx gegen die eher liberal und christlich orientierte AfD-Fraktion in Brüssel?" ziemlich stolz: „Ich sehe keine Phalanx. Auch ist die ‚Brüsseler Fraktion' vielgestaltig. Was zutrifft ist die Einschätzung, dass durch die drei neuen Landtagsfraktionen, die ich als konservativ-patriotisch definieren möchte, das Konservative in der Partei an Gewicht gewonnen hat … Die AfD hat ein konservativ-liberales Credo und auch den Konservativen ist klar, dass das Liberale dazugehört. Sogar ich als Konservativer habe liberale Seiten." Diese liberale Seite sei das Eintreten für die Meinungsfreiheit. Und die besteht dann auch darin: „Ich meine, dass es in einer freiheitlichen Gesellschaft möglich sein muss, auch über das Dritte Reich unorthodoxe Meinungen zu äußern, auch wenn ich bezweifle, dass wir hier eine neue Unrechtsstaats- oder Totalitarismus-Debatte brauchen."

Eher nicht so orthodox wie Parteisprecher Lucke verhält sich Höcke auch zum Thema Rechtsextremismus. Auf die Frage, wie er sich zu den „relativ vielen (rechtsextremen) Einzelfällen" verhalte, antwortet er ganz frank und frei: „In all diesen Fällen ist gehandelt worden. Aber ganz ehrlich, ich bin im Wahlkampf gefühlte tausendmal gefragt worden, wie ich mich ‚gegen Rechts' abgrenze – ich kann die Frage nicht mehr hören! Ich habe gefühlte tausendmal klargestellt, dass rechts nicht gleich rechtsextrem ist und dass Rechtsextreme, also Ideologen, in der AfD fehl am Platz sind. Auf der anderen Seite sollten wir uns aber auf keinen Fall in eine notorische Abgrenzeritis gegen alles und jeden hineintreiben lassen."

Er will sich nicht hineintreiben lassen – wenn es um Migration geht, treibt er lieber selbst. Auf die Frage: „Wie liberal sind Sie etwa in der Frage der Einwanderung?" antwortet er eindeutig: „Es gab in Deutschland schon immer Einwanderung, das ist klar. Heute aber sind wir mit einer Einwanderung konfrontiert, die jedes historische Maß übersteigt … Deshalb müssen wir in der Einwanderungspolitik auch von der Vorstellung der Integration weg - und hin zum Leitbild der Assimilation kommen … Integration ist Angleichung beider Seiten. Es hat aber bis heute keiner die Deutschen je demokratisch befragt, ob sie das tatsächlich wollen – sich den Einwanderern anzugleichen. Assimilation dagegen bedeutet, dass sich die Einwanderer der Gesellschaft anpassen, was nicht heißt, im Privaten ihre Herkunftskultur aufzugeben, aber diese eben unseren äußeren Verhältnissen anzugleichen. Nur so kann Einwanderung gelingen." Die Frage, wie er sich mit solchen Vorstellungen zu den diversen deutschen Migrationskolonien in Osteuropa, im südlichen Afrika oder in Amerika verhält, wird leider nicht gestellt.

Tatsächlich zeigt sich Höcke als Verteidiger einer Ideologie, die von Migrantinnen und Migranten Unmögliches verlangt und dann feststellt, weil das Unmögliche nicht erfüllt wird, könnten sie auch nicht mehr länger in dieser Republik leben. Das ist schon eine besondere Art des „Konservatismus", die jetzt selbstbewusst noch mehr Einfluss in der AfD verlangt.

Bundeswehr vernachlässigt?

Junge Freiheit Nr. 44/14 vom 24. Oktober 2014

Die jüngsten Meldungen über die angebliche Schwäche der Bundeswehr, die mangelnde Einsatzfähigkeit von Panzern und Hubschraubern bewegt das Blatt dazu, ein Klagelied auf die Situation in der Armee anzustimmen:

„Mit der äußeren Demilitarisierung beim Gerät, für die Merkel in ihrer langen Regierungszeit Mitverantwortung trägt, ging die innere Demilitarisierung einher. Der deutsche Soldat ist inzwischen ein Soldat ohne Tradition. Vorbilder wie der in allen Luftwaffen der Welt verehrte Jagdflieger Werner Mölders wurden ihm genommen. Für die Verwurzelung der Armee im Volk war die Wehrpflicht unverzichtbar … Durch die Ausdünnung der Bundeswehr und die damit verbundenen Kasernenschließungen ist die Armee in der Fläche und damit im Volk nicht mehr präsent."

Und die Generäle seien auch noch zu feige, diese Fragen öffentlich anzusprechen.

Dass die alten Traditionen heute von neuen – nicht weniger militaristischen – Werten eingenommen werden, ist für ein national orientiertes Blatt schwer zu verstehen. *uld* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370